

# 25 Jahre Deutsche Einheit

November 2016



## Weichenstellungen für Ostdeutschlands Wettbewerbsfähigkeit und die Zukunft Europas:

Dokumentation einer gemeinsamen Veranstaltung der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina und des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)



# 25 Jahre Deutsche Einheit

Weichenstellungen für Ostdeutschlands  
Wettbewerbsfähigkeit und die Zukunft Europas:

**Dokumentation einer gemeinsamen Veranstaltung der  
Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina und des  
Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)**

November 2016

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)  
Kleine Märkerstraße 8  
D-06108 Halle (Saale)  
Tel +49 345 7753 60  
Fax +49 345 7753 820

## Impressum

### Herausgeber:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

### Redaktion und Layout:

Stefanie Müller

Stabsbereich Interne und externe Kommunikation

Tel + 49 345 77 53 720

Fax + 49 345 77 53 820

E-Mail: stefanie.mueller@iwh-halle.de

### Bearbeiter:

Dr. Gerhard Heimpold

Abteilung Strukturwandel und Produktivität

Tel +49 345 7753 753

Fax +49 345 7753 820

E-Mail: gerhard.heimpold@iwh-halle.de

### Bildnachweis:

Umschlagfoto: The fall of the Berlin Wall: West and East Germans at the Brandenburg Gate in 1989. Quelle und Lizenzhinweis: [Wikimedia Commons](#).

S. 7, 14, Professor Reint E. Gropp, Ph.D., Dr. Gerhard Heimpold: Fotostudio Freistil für das IWH

S. 8, Dr. Johannes Ludewig: Bundesregierung/Thomas Imo

S. 11, Professor Dr. Jörg Hacker: David Ausserhofer für die Leopoldina

S. 18, Professor Dr.-Ing. Matthias Kleiner: Oliver Lang

S. 25, 29, 35, 49, 53, 57, 67, Fotos Podiumsdiskussion: Thomas Meinicke Photo

### Geschäftsführender Vorstand:

Prof. Reint E. Gropp, Ph.D.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller

Dr. Tankred Schuhmann

### Hausanschrift:

Kleine Märkerstraße 8

D-06108 Halle (Saale)

### Postanschrift:

Postfach 11 03 61

D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60

Fax +49 345 7753 820

[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

Alle Rechte vorbehalten

Zitierhinweis: *Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) (Hrsg.): 25 Jahre Deutsche Einheit: Weichenstellungen für Ostdeutschlands Wettbewerbsfähigkeit und die Zukunft Europas. Halle (Saale) 2016.*

ISBN

978-3-941501-50-8 (online)

## 25 Jahre Deutsche Einheit

# Weichenstellungen für Ostdeutschlands Wettbewerbsfähigkeit und die Zukunft Europas

Am 17. Juni 2015 nahmen die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina und das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) die 25. Jahrestage des Mauerfalls, der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sowie der Herstellung der Einheit Deutschlands zum Anlass für eine Podiumsdiskussion. In dieser Diskussion ging es nicht nur um die Retrospektive. Vielmehr wurde die deutsche Entwicklung in einen europäischen Kontext gesetzt. Vor 25 Jahren wurden Schlüsselentscheidungen für eine international wettbewerbsfähige ostdeutsche Wirtschaft getroffen. Ein Vierteljahrhundert später stellen sich Fragen, wie die damaligen wirtschaftspolitischen Entscheidungen zum Umbau der ostdeutschen Wirtschaft im Lichte der heutigen Situation mit einer sichtbaren Re-Industrialisierung, aber auch mit fortbestehenden strukturellen Defiziten zu bewerten sind, welche Lehren andere europäische Länder und Regionen daraus ziehen können, wenn es um die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der dortigen Ökonomien geht, und vor welchen künftigen Herausforderungen Wirtschaft und Politik in Ostdeutschland stehen, um auf den sich wandelnden internationalen Märkten noch besser Fuß zu fassen? Persönlichkeiten, die in den frühen 1990er Jahren in verantwortlichen Positionen die Weichen für die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands stellten, diese Entwicklung durch strukturpolitische Unterstützungsmaßnahmen begleiteten oder heute Verantwortung in Wirtschaft und Politik beim ‚Aufbau Ost‘ tragen, gingen diesen Fragestellungen auf dem Podium nach. Die vorliegende Publikation dokumentiert die Eröffnungsreden, das Grußwort und die Redebeiträge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Podiumsdiskussion.

# Vorwort

## 25 Jahre Aufbau Ost – weiterer Konvergenzfortschritt braucht gesamtdeutsches Produktivitätswachstum\*

Wie kann es weitergehen mit der Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland? Wird Ostdeutschland auf dem derzeitigen Entwicklungsniveau verharren? Die Entwicklungsperspektiven der Neuen Länder sind nicht losgelöst von der künftigen gesamtdeutschen Wachstumsdynamik. Nicht nur in Ostdeutschland, sondern in Deutschland insgesamt besteht die Herausforderung darin, die Produktivität zu steigern, und zwar stärker als bislang. Denn Deutschland und Europa fallen seit geraumer Zeit in puncto Produktivität hinter die USA als einem der zentralen Wettbewerber zurück. Soll diese Lücke nicht weiter zunehmen, sind mehr Wachstumsdynamik und größere Innovationsanstrengungen vonnöten. Hier ist in Europa Luft nach oben. Internationale Wachstumsstudien zeigen: In den USA gibt es viel mehr schnell wachsende Unternehmen, allerdings auch mehr stark schrumpfende Unternehmen als in Europa. In Europa gibt es dagegen im Vergleich zu den USA mehr Firmen, die weder wachsen noch schrumpfen, also stagnieren. Woran liegt das? Die Forschung zeigt, dass sowohl das Entstehen neuer als auch das Ausscheiden unrentabler Firmen aus dem Markt entscheidend für Produktivitätswachstum und damit für das Pro-Kopf-Einkommen sind. Mithin müssen die Finanzmärkte für eine effiziente Ressourcenallokation sorgen, damit effiziente Firmen ihre Projekte finanzieren können und ineffiziente Firmen aus dem Markt ausscheiden. Dabei geht es weniger um die Unterscheidung zwischen „bankbasierten Finanzsystemen“ wie in Europa und „marktbasierter Systemen“ wie in den USA. Vielmehr fehlen in Europa Finanzinstitutionen, die Eigenkapital bereitstellen. Speziell für junge Firmen ist Eigenkapital das wichtigste Instrument, weil dadurch nicht nur Finanzierung in Form von Risikokapital, sondern auch Expertise für die jungen Unternehmerinnen und Unternehmer bereitgestellt wird.

\* Dieser Beitrag wurde am 9. November 2015 bereits als Kommentar in IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 21 (5), 2015, 82 veröffentlicht.

Was hat das alles mit den Perspektiven der ostdeutschen Wirtschaft zu tun? Sehr viel. Die großzügige Förderung durch Zuschüsse für Investitionen und Innovationen mag kurz nach der deutschen Vereinigung noch sinnvoll gewesen sein, ist aber heute nicht mehr zielführend und wird in den bisherigen Größenordnungen zukünftig nicht mehr zur Verfügung stehen. Umso wichtiger ist es, dass sich auch die Unternehmen in den Neuen Ländern bei ihren Zukunftsprojekten eines gut funktionierenden Finanzsystems bedienen können, das verstärkt Eigenkapital und nicht nur Fremdkapital zur Verfügung stellen kann. Das ist notwendig, damit aus mittelständischen Unternehmen in Ostdeutschland durch internes und externes Wachstum die künftigen „Headquarter“ werden, an denen es bislang weithin mangelt. Freilich wird das nicht über Nacht passieren. Eine wichtige Brückenfunktion zum Mittelstand wird in Ostdeutschland weiterhin den Universitäten und außeruniversitären, öffentlich geförderten Wissenschaftseinrichtungen zukommen. Sie sind die „Brainpools“, die Knoten in Innovationsnetzwerken und Türöffner zum weltweiten technologischen Wissen. Nur finanziell gut ausgestattete Wissenschaftseinrichtungen können mit exzellenter Forschung das Wachstum treiben. Wissenschaft als Wachstumsmotor lebt von Austausch. Sollen Spitzen- und begabte Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus dem Ausland angezogen werden, bedarf es attraktiver Arbeits- und Lebensbedingungen speziell in den großen Städten Ostdeutschlands. Dies werden die Ankerpunkte für hochqualifizierte junge Menschen sein, die in Ostdeutschland dringend gebraucht werden.



Professor Reint E. Gropp, Ph.D.  
Präsident des Leibniz-Instituts für  
Wirtschaftsforschung Halle (IWH)



Dr. Gerhard Heimpold  
Stellvertretender Leiter – Abteilung Struktur-  
wandel und Produktivität (IWH)

# Teilnehmer



**Michel-Eric Dufeil**  
Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung, Leiter des Referats Deutschland und Niederlande



**Dr. Johannes Ludewig**  
Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrats, ehemaliger Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Bahn AG, Staatssekretär a. D.



**Dr. Jens Odewald**  
Ehemaliger Vorsitzender des Verwaltungsrats der Treuhandanstalt



**em. Prof. Dr. Dr. h. c. Rüdiger Pohl**  
ehemaliges Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (1994-2004)



Reiner Roghmann  
Vorsitzender der Geschäftsführung Dow  
Olefinverbund GmbH



Prof. Dr. Birgitta Wolff  
Präsidentin der Goethe-Universität Frank-  
furt am Main, Ministerin a. D.



Dr. Jörg Zeuner  
Chefvolkswirt der KfW



Moderiert wurde das Gespräch von  
Dr. Dorothea Siems,  
Chefkorrespondentin für Wirtschafts-  
politik, DIE WELT

# Eröffnungsrede

## Eröffnungsrede von Professor Dr. Jörg Hacker, Präsident der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Herr Kleiner, sehr geehrter Herr Präsident, lieber Herr Gropp, sehr geehrte Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, liebe Teilnehmer des Podiumsgesprächs, meine Damen und Herren, im Namen der Leopoldina begrüße ich Sie herzlich zu dem Podiumsgespräch „25 Jahre Deutsche Einheit: Weichenstellungen für Ostdeutschlands Wettbewerbsfähigkeit und die Zukunft Europas“, zu dem das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle und die Leopoldina zusammen eingeladen haben. Ich freue mich sehr, dass schon seit längerem gute Kontakte zwischen IWH und Leopoldina bestehen und erinnere mich gerne an ein Gespräch mit Frau Buch, das jetzt zu einer ersten gemeinsamen Veranstaltung geführt hat. Ich freue mich auch, dass Herr Kleiner, als Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, ein Grußwort sprechen wird. Dies zeigt die Bedeutung dieser Veranstaltung. Und ich freue mich ganz persönlich, zusammen mit Ihnen allen gerade heute in dieser Veranstaltung zu sein. Denn der 17. Juni, der Tag des Volksaufstands in der DDR, ist ein besonderer Tag in der deutschen Geschichte. Gerade in Halle am Hallmarkt fanden heftige Demonstrationen statt, und es gab Todesopfer. Auch das sollten wir heute nicht vergessen. Die Leopoldina freut sich besonders, heute mit dem IWH diese Veranstaltung durchführen zu können, weil es ihre Aufgabe als Nationale Akademie der Wissenschaften ist, Politik und Öffentlichkeit wissenschaftsbasiert zu informieren und zu beraten. Das ist ein Ziel unseres Engagements, sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen. Wir haben beispielsweise eine ganze Reihe von Stellungnahmen vorgelegt, zum Teil mit unseren Schwester-Akademien aus Europa. Gerade gestern haben wir gemeinsam mit der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften acatech eine Stellungnahme zum Thema public health vorgestellt. Energiewende, demographischer Wandel, Biomedizin, das sind unter anderem Themen, denen wir uns zuwenden. Es ist wichtig, dass auch

die Wirtschaftswissenschaften daran mitwirken. Ich darf darauf hinweisen, dass in der vergangenen Woche die Ergebnisse vorgestellt wurden, die eine Arbeitsgruppe zum Thema Staatsschulden in der Demokratie erarbeitet hat. Ein Statement der Arbeitsgruppe ist in der Öffentlichkeit bereits sehr unterschiedlich kommentiert worden. Die Wirtschaftswissenschaften spielen auch beim Innovationsdialog der Bundesregierung eine Rolle, an dem ich teilnehme. Und wir haben vor drei Wochen erstmals den Forschungsgipfel mit der Expertenkommission Forschung und Innovation und dem Stifterverband veranstaltet, und auch hier waren selbstverständlich die Wirtschaftswissenschaften vertreten.

Heute geht es darum, im 25. Jahr der Deutschen Einheit die Weichenstellungen für Ostdeutschlands Wettbewerbsfähigkeit herauszuarbeiten. Ich freue mich auf die Diskussion, die in einem hochkarätig besetzten Panel stattfindet. Hier wird es sicher darum gehen, für Ostdeutschland Revue passieren zu lassen, welche Entwicklungen sich vollzogen haben, welche wirtschaftspolitischen Instrumente zum Einsatz kamen und wie sie wirkten. Aber wir wollen auch den europäischen und internationalen Kontext mit in den Blick nehmen. Das ist immer wichtig, wenn man sich mit der Frage der Deutschen Einheit befasst. In diesem Sinne freue ich mich auf die Veranstaltung, danke Ihnen für Ihr Kommen, und Ihnen allen danke ich für die Aufmerksamkeit und würde Herrn Gropp bitten, nach vorn zu kommen. Dankeschön!



Professor Dr. Jörg Hacker  
Präsident der Nationalen Akademie der  
Wissenschaften Leopoldina

# Eröffnungsrede

**Professor Reint E. Gropp, Ph.D., Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)**

Sehr geehrter Herr Hacker, sehr geehrter Herr Kleiner, liebe Frau Wolff, liebe Frau Siems, sehr geehrte Parlamentarier, Mitarbeiter aus Bundes- und Landesministerien und aus vielen anderen Einrichtungen, liebe Kolleginnen und Kollegen aus Universitäten, sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich außerordentlich, Sie an diesem Tag an der Leopoldina begrüßen zu dürfen und herzlich willkommen zu heißen zum Podiumsgespräch „25 Jahre Deutsche Einheit: Weichenstellungen für Ostdeutschlands Wettbewerbsfähigkeit und die Zukunft Europas“. Herr Hacker hat es schon erwähnt, es ist ein historisches Datum, das wir heute begehen. Der Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 hat sich in Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen und gewaltsamen Protesten manifestiert, auch hier in Halle und im Chemiedreieck, aber auch in Magdeburg, Leipzig und Dresden. Ich möchte noch auf einen anderen Grund verweisen, warum das heutige Datum historisch ist. Heute ist es auf den Tag genau 25 Jahre her, dass das Treuhandgesetz verabschiedet und damit die Grundlage für die Privatisierung des Unternehmenssektors in Ostdeutschland gelegt wurde. Das war eine wirtschaftliche Anstrengung von historischem Ausmaß. Das zu privatisierende Portfolio belief sich auf 14 600 Betriebe mit vier Millionen Beschäftigten – eine echte Herkulesaufgabe. Birgit Breuel hat damals, mit Bezug auf die vom ermordeten Präsidenten der Treuhandanstalt Detlev Karsten Rohwedder formulierte Handlungsmaxime der Treuhandanstalt, gesagt:

*„Schnell privatisieren, weil wir der Auffassung sind, dass Privatisieren die beste Form der Sanierung ist. Das zweite Motto heißt: entschlossen sanieren. Da, wo Zukunft möglich ist, soll Sanierung durchgeführt werden, um auch hier den Menschen mehr Mut und Hoffnung zu machen. Und das dritte Motto heißt: behutsam stilllegen.“*

Der Wert der zu privatisierenden Unternehmen damals wurde mit 600 Milliarden Mark veranschlagt. Am Ende waren es 60, denen 300 Milliarden Mark Kosten gegenüberstanden. Wir haben also den Wert der DDR-Wirtschaft deutlich überschätzt. Es gibt da noch viele weitere Fakten, interessante Zusammenhänge. Aber ich würde das lieber denen überlassen, die dabei waren, und da haben wir einige hier auf dem Podium. Herrn Ludewig, damals Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Finanzpolitik im Kanzleramt und Koordinator Aufbau Ost, Herrn Odewald, der als Vorsitzender des Verwaltungsrats der Treuhandanstalt von 1990 bis 1993 zentrale Entscheidungen getroffen hat. Ich darf auch Herrn Pohl in diesem Zusammenhang begrüßen, der damals Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung war, und Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle. Wir wollen die 25. Jahrestage des Mauerfalls, der Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sowie der Herstellung der Einheit Deutschlands zum Anlass nehmen, um eine Bilanz zu ziehen, mit den Erkenntnissen von heute. Hinterher ist man natürlich immer schlauer. Mit den Erkenntnissen von heute wollen wir fragen: Was ist gut gelaufen? Was nicht? Aber wir wollen nicht nur zurückblicken. Wir wollen auch nach vorn schauen. Wir wollen diskutieren, was wir aus dieser deutschen Vereinigung, einem der größten ökonomischen Experimente, die es in der Wirtschaftsgeschichte gab, lernen können oder vielleicht hätten lernen sollen, auch in Bezug auf Europa. Deswegen ist es auch für mich eine große Freude, Persönlichkeiten begrüßen zu dürfen, die aktiv am Aufbau Ost beteiligt sind. Ich begrüße Herrn Dufeil, den Leiter des Referats Deutschland und Niederlande in der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission. Ferner möchte ich Herrn Roghmann begrüßen, den Vorsitzenden der Geschäftsführung des Dow Olefinverbands, und Frau Birgitta Wolff, Präsidentin der Goethe-Universität Frankfurt am Main, ehemalige Ministerin für Wissenschaft und Wirtschaft in Sachsen-Anhalt, die auch dem IWH sehr verbunden ist. Und last but not least begrüße ich Herrn Zeuner, den Chefvolkswirt der KfW. Lassen Sie mich auf die Beziehung zwischen der Leopoldina und dem Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle hinweisen. Wie Herr Hacker schon gesagt hat, ist es sehr erfreulich, dass sich die langen, engen Bezie-

hungen, die es schon gab, jetzt in einer gemeinsamen Veranstaltung niedergeschlagen haben. Wir möchten das gern wiederholen. Wir möchten, dass das der Anfang von etwas ist, und nicht das Ende. Wir glauben auch aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht, dass die Verbindung zur Naturwissenschaft für uns unheimlich spannend sein kann, und wir hoffen auf eine lange Reihe weiterer Veranstaltungen. Wir haben schon weitere Themen und Ideen diskutiert. Im Frühjahr 2016 beabsichtigen wir, eine Veranstaltung zum Thema Demographie durchzuführen. Dies ist auch wieder ein Thema, zu dem die beiden Institutionen sehr gut zusammenkommen können. Ich kann Sie jetzt schon herzlich dazu einladen. Auf gute Nachbarschaft der zwei Institutionen in Halle. Das ist sehr, sehr erfreulich. Ich möchte jetzt das Wort weiterreichen an Herrn Kleiner. Bevor ich das tue, muss ich Ihnen mitteilen, dass der Finanzminister Sachsen-Anhalts Herr Bullerjahn leider kurzfristig verhindert ist und sein Grußwort absagen musste. Deswegen können wir alle ein bisschen länger reden. Das ist natürlich gut für Professoren. Herr Kleiner, es ist mir eine große Ehre, dass Sie, als Präsident der Leibniz-Gemeinschaft und Mitglied der Leopoldina, hier sind. Ich freue mich, dass Sie ein Grußwort sprechen werden. Bitteschön.



Professor Reint E. Gropp, Ph.D.  
Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

# Grußwort

**Professor Dr.-Ing. Matthias Kleiner, Präsident der Leibniz-Gemeinschaft**

Verehrter Herr Präsident, lieber Jörg, lieber Herr Kollege Gropp, verehrte Panelisten, sehr geehrte Damen und Herren, in diesem wunderschönen Vortragsraum in, darf ich sagen, auch meiner Leopoldina freue ich mich, sprechen zu dürfen. Ich werde das Angebot, etwas länger zu reden, nicht vollständig ausschöpfen, will aber doch versuchen – auch angesichts der schönen Ausblicke aus den Fenstern dieses Saales –, die Perspektiven etwas zu weiten. Meine Damen und Herren, kennen Sie das Buch „89/90“ von Peter Richter? Wenn nicht, dann empfehle ich es Ihnen gerne, so wie es mir mein liebster Literaturkritiker Denis Scheck empfohlen hat. Dieser Roman ist im Frühjahr erschienen, auch wenn ich bei dieser Genrebezeichnung – Roman – nicht ganz sicher bin. Es ist ein konsequent namenloser, aber charakterlich umso schärfer gezeichneter Teenager, oder besser gesagt ein „Ost-Punk“, der von Anfang und Ende und allem dazwischen im Wendejahr 1989/90 berichtet. Er berichtet plastisch und wenn nötig mit Hilfe erläuternder Fußnoten. Ich fand es ganz schön, dass hier ein ganz positives Verhältnis zu Fußnoten entsteht. Er berichtet vom jugendlichen Leben zur Wendezeit in Dresden, und er nimmt dabei ganz andere Perspektiven ein als Christian im „Turm“ von Uwe Tellkamp oder, was ich auch jüngst gelesen habe, Edgar in Lutz Seilers „Crusoe“. Wenn Sie sich also, meine Damen und Herren, und Ihre Anwesenheit zum heutigen Podiumsgespräch „25 Jahre Deutsche Einheit“ legt dies ja nahe, für das interessieren, was in unserer jüngeren Vergangenheit und Gegenwart die Zukunft für Ostdeutschland und damit aber immer auch für ganz Deutschland geprägt hat, dann lohnt sich auch der Blick zurück in die Zukunft, wie sie sich in der Vergangenheit darstellte. Ist es so geworden, wie es damals zu werden versprach? Immerhin sind die damals 16-Jährigen, die Jugendlichen, diejenigen, die heute die Weichen stellen für die nächsten 25 Jahre, bis es dann heißt, die Deutsche Einheit wird ein halbes Jahrhundert alt.

Jubiläen, seien sie nun rund oder halbrund, sind stets, wie ich finde, ein guter Anlass zu feiern, zurückzublicken und auch, um eben auf Basis des bislang Erreichten nach vorne zu schauen. Da spreche ich übrigens in diesem Jahr aus ganz eigener Erfahrung. Sie haben mit dem heutigen 17. Juni ein äußerst geschichtsträchtiges Datum für Ihre Diskussion gewählt – oder sollte ich eher sagen, die Geschichte hat Ihnen dieses Datum vorgeschlagen. Es ist jener Tag, an dem vor 62 Jahren die knappe Lebensmittelversorgung und die Erhöhung der Arbeitsnormen in der DDR zu einem Aufstand der Arbeiter führten, der am Ende mit Hilfe sowjetischer Truppen brutal niedergeschlagen wurde. Jede Fahrt auf der vielbefahrenen und bewanderten Straße des 17. Juni in Berlin erinnert an diesen Tag als Teil deutscher Teilung und deutscher Einheit. Nicht heute, aber zumindest in diesen Wochen und Monaten jähren sich zugleich auch die konkreteren Wendeprozesse zum 25. Mal und damit auch die gute Entwicklung, die die Geschichte genommen hat. Wahrscheinlich lässt sich sogar jeder Tag eines Jahres mit einer kollektiven Erinnerung an den Wendeprozess verbinden, auch wenn der 9. November als Tag des Mauerfalls sicher am einprägsamsten in die Geschichte eingegangen ist. Am 9. November des letzten Jahres haben wir in Berlin mit einer beeindruckenden Luftballon-Installation entlang des Verlaufs der ehemaligen Mauer zum 25. Mal ihren Fall zelebriert. Manche, vielleicht auch Sie, waren zunächst ein bisschen enttäuscht, dass die Ballons nur beleuchtet waren, so lange sie die Mauer an ihrer Befestigung nachzeichneten. Aber dann war es, wie ich finde, doch stimmig. Eine Mauer wie die durch Deutschland ist nicht heute da und morgen einfach weg. Eine Mauer muss vielleicht im Sinne des Wortes erlöschen. Und so war der Anblick der davonfliegenden Ballons symbolisch, wie ich finde, sehr stimmig. In diesem Jahr, und das ist ja auch der Grund, warum Sie in Ihrer Diskussion heute nach vorne schauen wollen, folgen die 25. Jubiläen der Wirtschafts-, der Währungs- und der Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR am 1. Juli 1990 und des Einigungsvertrags zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Das war ja der 29. September 1990. Wie bei vielen Menschen meiner Generation ist auch meine eigene Biographie mit der Geschichte der Wende und dem Zusammenwachsen der deutschen Staaten verbunden, im Übrigen auch ein bisschen mit dem 17.

Juni 1953. Meine Familie war in diesem Jahr nach Westdeutschland geflohen, musste fliehen. Ich bin dann 1955 gleichsam in den – nicht einfachen – Neuanfang hineingeboren worden. Meine erste Berufung hat mich 1994 an die neugegründete Brandenburgische Technische Universität Cottbus geführt, die ich unter der Leitung von Günter Spur und zusammen mit weiteren geschätzten Kollegen mit aufbauen durfte. Was für meine persönliche Biographie zutrifft, gilt umso deutlicher für die Leibniz-Gemeinschaft. Denn auch sie hat eine geradezu klassische Wendebiographie. Diese begann mit der losen Verknüpfung ihrer Mitglieder zur Blauen Liste und führte über die gleichnamige Wissenschaftsgemeinschaft bis zur heutigen Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft repräsentiert wie keine andere Forschungsorganisation das Zusammenwachsen der deutsch-deutschen Forschungslandschaft. Im Zuge der Umgestaltung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft wurde die Zahl der Blaue-Liste-Institute fast verdoppelt. Die Zahl der geförderten Einrichtungen stieg von 47 im Jahr 1989 auf 81 im Jahr 1992. Die Mitarbeiterzahl stieg von 5 000 auf 9 000 an. Die neuen Mitglieder schafften neue Schwerpunkte in der Natur-, der Technik-, der agrar-, lebens- und raumwissenschaftlichen Forschung. 2015 zählt die Leibniz-Gemeinschaft 89 Mitgliedseinrichtungen mit über 18 000 Menschen, die Wissen schaffen. Die Leibniz-Gemeinschaft steht heute insgesamt für kooperative Wissenschaft, für kooperative Forschung. Eine Differenzierung in ost- und westdeutsche Institute ist längst überflüssig. Entscheidend, meine Damen und Herren, sind interdisziplinäre Übergänge und gemeinsame Herangehensweisen an übergreifende Fragestellungen, ebenso wie die Fortführung, Umsetzung und Vermittlung über den Sektor Wissenschaft hinaus. Dies ist notwendig, weil Qualität und Aktualität in der Forschung Relevanz ergeben – Relevanz für die Menschen, für uns. Ostdeutsche Einrichtungen stehen dort in Kontakt und im Austausch, wo es der Forschung bedarf und wo davon profitiert wird. Das können auch ganz bewusste Vernetzungen mit Partnern aus West- und Ostdeutschland sein. Zum Schluss vielleicht noch eine Bemerkung rückblickend auf die Förderung des BMBF. Hier rückt zunehmend die Zukunft Ost in den Fokus und löst den Aufbau Ost ab. Im Förderprogramm „Zwanzig20 – Partnerschaft für Innovation“ war ich als Vorsitzender der Auswahljury

beteiligt, die inzwischen zu einer Expertenkommission konvertiert ist und die Umsetzung der Vorhaben begleitet. Ausgewählt wurden hier Konsortien, die sich über alle ostdeutschen Länder hinweg mit einem oder mehreren Partnern aus den Alten Bundesländern und darüber hinaus auch auf internationaler Ebene strategisch vernetzen und positionieren. Vielleicht ganz kurz zwei Beispiele: Unser Leibniz-Mitglied, das Ferdinand-Braun-Institut in Berlin, ist beispielsweise Konsortialführer des Vorhabens Advanced UV for Life, das sich zum Ziel gemacht hat, die technische Entwicklung, die Verfügbarkeit und den Einsatz von ultravioletten LEDs voranzubringen. Hier arbeiten 29 Partner, 18 Unternehmen und 11 Forschungseinrichtungen zusammen. Und das Leibniz-Institut für Naturstoff-Forschung und Infektionsbiologie, das Hans-Knöll-Institut in Jena, stellt mit seinem Direktor Axel Brakhage den Sprecher des Konsortiums InfectControl 2020, das seinerseits das Ziel verfolgt, zur Entwicklung einer neuen Anti-Infektions-Strategie beizutragen. 30 Partner, davon 15 Unternehmen, arbeiten gemeinsam in den Themenfeldern Landwirtschaft, Veterinärmedizin, Mobilität, Klima, Infrastruktur, medizinische Versorgung und Forschung sowie Öffentlichkeit und Patienten. Sie sehen, das ist ein sehr ganzheitlicher Ansatz, und die richtigen Partner dafür ergeben sich aus der erforderlichen Expertise, die für ein solch umfassendes Unterfangen natürlich in Ost- und Westdeutschland angesiedelt ist. Also Kooperation in Balance mit Konkurrenz wird den Bedürfnissen der Forschung im Hinblick auf ihre Aufgaben und Fragestellungen gerecht. Ich bin nun gespannt auf Ihre Erinnerungen und Ihre Schlussfolgerungen, die Sie für die Zukunft daraus ziehen, liebe Panelisten auf dem Podium. Herzlichen Dank Ihnen, meine Damen und Herren.



Professor Dr.-Ing. Matthias Kleiner  
Präsident der Leibniz-Gemeinschaft

# Vorbemerkungen

**Moderatorin Dr. Dorothea Siems, DIE WELT**

Einen schönen guten Tag. Ich darf Sie nochmals ganz herzlich begrüßen, werde das aber kürzer machen, um die Panelisten dann ausreichend zu Wort kommen zu lassen. 25 Jahre Deutsche Einheit: Ein Großteil der heutigen Zuschauer wird sich noch daran erinnern, wie dramatisch damals die Zeiten waren, auch in menschlicher Hinsicht, in wirtschaftlicher sowieso. Aber die große Freude wich dann sehr schnell der Erkenntnis, dass es doch auch ein harter Prozess sein wird. Wir möchten hier heute zurückschauen. Dies ist aber nur ein Teil. Es gilt immer, aus der Vergangenheit Schlüsse zu ziehen nach einer Generation, die jetzt verstrichen ist: Wo stehen wir heute? Was kann Europa für Lehren ziehen? Ich finde es immer ganz erstaunlich, wenn es heute in Brüssel heißt: In den Ländern, die wirtschaftlich schwach dastehen, muss man endlich Wachstum schaffen. Wir haben hier in Deutschland gelernt, dass man Wachstum nicht so einfach schafft. Das ist eine ganz große Herausforderung. Da müssen viele Dinge stimmen. Es stellt sich die Frage: Was hat gestimmt in Ostdeutschland? Was ging voran? Wo hat es vielleicht auch mehr gestockt, als es hätte sein müssen? Welche Lehren lassen sich ziehen? Und vor allen Dingen geht es um die Frage: Wie soll es weitergehen? Soll Ostdeutschland mit allem so weitermachen wie bisher? Wird es dann irgendwann auch ganz den Anschluss schaffen, oder wird es vielleicht sogar den Westen übertrumpfen oder jedenfalls noch mehr blühende Landschaften als heute haben? Oder muss es vielleicht einen eigenen Weg für Ostdeutschland geben? Ist vielleicht auch daran zu denken, dass es ein ganz eigenes Modell geben wird, eben weil der Westen nach wie vor ein wenig anders aussieht als die ostdeutschen Länder? Über diese Fragen möchten wir hier diskutieren. Ich stelle Ihnen nochmal ganz kurz das Podium vor. Da ist ganz zu meiner Rechten Herr Professor Rüdiger Pohl. Er war lange Zeit, seit 1994, Chef am IWH und hat sich entsprechend auch intensiv mit der ostdeutschen

Thematik befasst. Und er lebt heutzutage immer noch in Halle. Er ist also nicht einer von denen, die kurz mal hergekommen sind, einige Jahre hier gearbeitet haben und wieder weggegangen sind. Sondern er hält aus Überzeugung der Region die Treue. Neben ihm hat Monsieur Michel-Eric Dufeil Platz genommen. Sie sind schon seit 1985 bei der EU, beschäftigen sich mit Regionalpolitik, sind dort der Leiter des Referats für Deutschland und die Niederlande und von daher sehr eng mit der Fragestellung beschäftigt. Neben mir sitzt Reiner Roghmann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Dow Olefinverbund GmbH und gleichzeitig Geschäftsführer der mitteldeutschen Standorte von Dow. Er hat einen Blickwinkel, der sehr wichtig ist, nämlich den eines Managers. Neben mir hat Herr Dr. Jens Odewald Platz genommen. Er ist, das kann man sagen, ein Mann der ersten Stunde und war, was die Bewältigung des wirtschaftlichen Erbes der DDR angeht, ganz nah dran. 1990 bis 1993 war er Vorsitzender des Verwaltungsrats der Treuhandanstalt, aber hauptberuflich damals auch Kaufhof-Chef, also Manager. Er war ein Unternehmer, der sich als Ehrenamt in die Sanierung oder die Abwicklung der DDR-Wirtschaft begab und dort ganz entscheidende Weichenstellungen vornahm. Später war er auch als Aufsichtsratsvorsitzender der Nachfolgegesellschaft BVVG tätig. Sie haben dann eine private Beteiligungsgesellschaft gegründet, wo Sie heute noch im Aufsichtsrat sind. Darüber hinaus nehmen Sie auch noch andere Aufsichtsratsposten wahr. Also von Ruhestand keine Spur, sondern Sie sind nach wie vor aktiv. Sie sind hier, um zu erzählen, wie es damals gelaufen ist. Neben Dr. Odewald sitzt Frau Professorin Birgitta Wolff. Auch sie ist der Region hier sehr verbunden. Sie war zehn Jahre lang zunächst an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg tätig, bevor sie in die Politik ging. Das kommt ja nicht so häufig vor, dass man beide Seiten kennt, die der Wissenschaft und die der Politik. Sie geriet dann mit den Auseinandersetzungen um die Bildungsausgaben ein wenig in Clinch und ließ sich nicht verbiegen, scheut das offene Wort nicht. Nachdem Frau Wolff zunächst wieder an die Universität in Magdeburg gegangen war, ist sie jetzt seit Anfang des Jahres 2015 Präsidentin der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Neben ihr hat Herr Dr. Johannes Ludewig Platz genommen. Auch er war ganz nah dran in den Wendejahren, in den Zeiten davor, in den

Zeiten danach. Im Bundeskanzleramt war er an führender Stelle bei Verhandlungen um die Herstellung der Einheit Deutschlands beteiligt und später, als Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, war er als erster Ostbeauftragter auch in einer Position ganz nah an den Neuen Ländern. Vielen ist Herr Ludewig später sicher als Bahnchef bekannt. Heute klopft er als Chef des Normenkontrollrats gerne den Politikern auf die Finger, die ihre Lieblingsbeschäftigung darin sehen, immer neue Regulierungen zu schaffen. Und er hat kürzlich ein Buch vorgelegt mit dem Titel „Unternehmen Wiedervereinigung“, in dem genau dieses Thema, das wir heute diskutieren, behandelt wird, und zwar sicherlich tiefergehend, als das hier in der Diskussion möglich ist. Dann sitzt ganz links Dr. Jörg Zeuner. Er ist Chefvolkswirt der KfW-Bankengruppe. Er hat auch internationale Erfahrungen, beispielsweise im IWF, gesammelt und lehrt in St. Gallen und in Konstanz. Auch Sie haben einen speziellen Blickwinkel, den des Bankers, hier einzubringen. Und jetzt möchte ich noch kurz etwas zu mir sagen: Mein Name ist Dorothea Siems. Ich bin Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik der Zeitung DIE WELT. Was den Ablauf des Podiumsgesprächs betrifft: Nachdem wir hier in die Diskussion eingestiegen sind, werden wir sie am Ende öffnen, und die Zuhörer sind herzlich eingeladen, sich dann mit Fragen einzubringen. Das Thema wird den einen oder anderen zur Äußerung anregen.



Dr. Dorothea Siems  
DIE WELT, Moderatorin

# 25 Jahre Deutsche Einheit

## Weichenstellungen für Ostdeutschlands Wettbewerbsfähigkeit und die Zukunft Europas

**D. Siems:** Als Erstes möchte ich Herrn Ludewig zur Dramatik der damaligen Ereignisse fragen. Der Prozess ging ja rasend schnell. Es war innerhalb von wenigen Wochen klar: die deutsche Vereinigung würde kommen, würde kommen müssen. Anders wäre das politisch gar nicht gegangen. Wie stellte sich die Situation dar? Wie war es um die DDR-Wirtschaft bestellt? Glaubte man, dass das Aufholen innerhalb von wenigen Jahren ginge? Es gab das berühmte Wort von den blühenden Landschaften. Was war eigentlich Ihre ganz vordringliche Aufgabe? Was war Ihr Ziel?

**J. Ludewig:** Die vordringliche Aufgabe war, Schritt zu halten mit der Entwicklung, die da über die Bühne ging. Nach dem Fall der Mauer, ich glaube, zwei, drei Wochen später, war im bekannten Zehn-Punkte-Plan des Bundeskanzlers noch die Rede von konföderativen Strukturen zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Da dachte man noch in Jahren und in relativ langen Zeiträumen. Und mir persönlich und, ich glaube, auch dem Bundeskanzler, ist es, wenn ich es richtig interpretiere, ähnlich gegangen: Für uns war dann der 19. Dezember 1989 ein Schlüsselerlebnis: Das Treffen von Helmut Kohl und Hans Modrow in Dresden. Da waren auf einmal so viele Menschen da, mit denen in dieser Zahl keiner gerechnet hatte. Als wir mit dem Flugzeug landeten, war am Flughafen und auf dem Weg in die Stadt alles voller Menschen. [...] Und das hat sich dann fortgesetzt bis abends zu dieser berühmten und zugleich berührenden Veranstaltung vor der Ruine der Frauenkirche. Nicht nur ich, sondern jeder, der damals dabei war, hat auf einmal gespürt: Das mit der Deutschen Einheit könnte viel schneller gehen, als wir bis dahin gedacht hatten.

Die eigentliche Dramatik kam für uns politisch einige Wochen später um die Jahreswende 1989/1990, als viele Menschen in Ost-

deutschland ihre Koffer packten und sich gen Westen auf den Weg machten. Die Übersiedlerzahlen stiegen jeden Tag weiter an. Es gingen Tausende pro Tag, und das beschleunigte sich – eine Entwicklung, die mich an die Zeit vor dem Bau der Berliner Mauer erinnert hat, als ja auch sehr viele Menschen in sehr kurzer Zeit die DDR verlassen haben. Und das war natürlich für uns sehr problematisch, weil die Menschen, die wir für den Wiederaufbau in Ostdeutschland dringend brauchten, gerade die Mobilen, die Entscheidungsfreudigen, offensichtlich drauf und dran waren, Ostdeutschland zu verlassen. Das war der eine ganz wichtige Faktor, der uns beweg-

*Und so begann der Prozess in Richtung Einheit um die Jahreswende 1989/1990. In diesem Zusammenhang entstand die Idee von der Währungsunion, die natürlich für Ökonomen eigentlich der letzte Schritt ist, den sie tun, und nicht der erste.*

J. Ludewig

te. Und der zweite Faktor, der heute fast immer vergessen wird, war: Wir hatten 370 000 sowjetische Soldaten in Ostdeutschland, und keiner wusste, wie groß denn das Zeitfenster war, das wir haben, um selbst etwas frei gestalten zu können. Wir haben ja heute den 17. Juni, und keiner wusste damals, ob die Sowjetunion an irgend einem Tag ihre Meinung ändern, ob es ganz plötzlich andere Mehrheiten im Zentralkomitee geben könnte. Der Sturz Gorbatschows 1 1/2 Jahre später hätte ja auch früher passieren können. Und das stand uns sehr lebhaft vor Augen. Wir mussten also möglichst bald Fakten schaffen, die man nicht ohne Weiteres zurückdrehen konnte. Der Weg zurück zu Mauer und Stacheldraht, den muss man einfach unmöglich machen, indem man etwas schafft, das man nicht einfach wieder zurückdrehen kann. Das war die Aufgabe. Und so begann der Prozess in Richtung Einheit um die Jahreswende 1989/1990.

In diesem Zusammenhang entstand die Idee von der Währungsunion, die natürlich für Ökonomen eigentlich der letzte Schritt ist, den sie tun, und nicht der erste. Ich erinnere mich an einen Artikel von Frau Matthäus-Maier, der damaligen finanzpolitischen Sprecherin

der SPD-Bundestagsfraktion. Sie war meines Wissens die erste, die das Thema Währungsunion mit sieben Thesen in die Öffentlichkeit gebracht hat in ihrem Beitrag in der Wochenzeitung DIE ZEIT am 19. Januar 1990. Erste Reaktion im Kanzleramt war: Das ist doch alles Unsinn und kann nicht funktionieren. 14 Tage später war die Meinung eine andere. Die Ökonomie war keine andere geworden, sondern angesichts der steigenden Zahl der Übersiedler musste man den Menschen in der DDR irgendwie eine Perspektive geben, dass es sich lohnt, in der DDR zu bleiben und nicht wegzulaufen. Und das Zweite waren die sowjetischen Soldaten und das mit ihnen verbundene Risiko, dass sich die Dinge jeden Tag ändern könnten, und was das heißt, wusste man seit dem 17. Juni 1953. Wenn die Kasernentore sich geöffnet hätten und die Panzer herausgefahren wären, dann wäre alles sehr schnell zu Ende gewesen.

**D. Siems: Herr Ludewig hat die Dramatik der Ereignisse deutlich gemacht. Herr Odewald, ich will gleich bei Ihnen ansetzen: Welchen Zustand fanden Sie vor? Der Treuhandanstalt ging es darum, zu retten, was zu retten war, und dadurch auch eine Zukunftsperspektive zu geben. Privatisierung war notwendig, denn die DDR-Wirtschaft konnte nicht als Staatswirtschaft fortgeführt werden. Wie hat sich das 1990 dargestellt und welche Weichen wurden gestellt?**

**J. Odewald:** Die Ausgangsposition war von den Daten her, dass es beim Treuhandeigentum um 8 500 Gesellschaften mit vier Millionen Beschäftigten und 45 000 Einzelgesellschaften ging. Dies schloss den Handel, die Apotheken, die Geschäfte, Hotels und den ganzen industriellen Bereich ein. Die Vorstellung war damals, die DDR sei auf Platz Nummer 9 oder 13 weltweit hinsichtlich der Wirtschaftskraft – da gibt es zwei Rechnungen, je nachdem, welche Währung man zugrunde legt. Daher glaubte man, das schon irgendwie hinzukriegen. Der Treuhandanstalt lag im Juli 1990 ein Bericht zum Volksvermögen der DDR vor, das übertragen werden sollte. Das war ein Bruttovermögen von 1 400 Milliarden Mark. Von diesen 1 400 Milliarden Mark waren 550 Milliarden Mark durch bilanzmindernde Positionen abzuziehen, sodass man über ein Nettovermögen von 950 Milliarden Mark sprach. Und das waren dann

die 1 000 Milliarden Mark, die Herr Modrow immer nannte, wenn er von der Beteiligung der DDR-Bürger am Treuhandvermögen sprach. Also er hatte oft von 1 000 Milliarden Mark gesprochen. Herr Rohwedder hatte dann in einer sehr frühen Phase diesen Betrag reduziert um 400 Milliarden Mark. Er hat dann nur noch von 600 Milliarden Mark gesprochen. Sie alle wissen, die erste Bilanz hatte ein Minus von 200 Milliarden Mark, minus 200 Milliarden Mark, also eine erhebliche Differenz. Was fand man vor? Man fand diesen Bestand an Unternehmen vor und wusste aber herzlich wenig über die einzelnen Gesellschaften. Wir haben dann als Erstes einen Fragebogen an alle Gesellschaften losgelassen mit Fragen



nach dem genauen Unternehmensnamen, der Mitarbeiterzahl, dem Bestand an Gebäuden und Produktionsanlagen und so weiter. Das war die erste Transaktion. Aber mit den Antworten konnte man keine Bewertung von Unternehmen vornehmen. Wir haben dann eine zweite Fragebogen-Aktion gemacht. Es wurde im September/Oktober 1990 nach einer Unternehmenskonzeption gefragt. Wir haben dann für 450 Unternehmen Aufsichtsräte und Vorstän-

de ernannt und die Personen bestimmt, die in die Führungspositionen kommen sollten. Und dabei passierte Folgendes. Ein, zwei Leute haben telefoniert und versucht, diese Persönlichkeiten ganz schnell zu gewinnen und von ihnen eine Zusage zu bekommen. Der Mann, der das machen sollte, kam nach acht Tagen zurück und sagte: „Ich habe kein funktionierendes Telefon. Ich kann die Leute nicht erreichen, und wenn, dann muss ich nach Hamburg oder nach Westdeutschland gehen, um da telefonieren zu können.“ Handys gab es damals nur sehr wenige. Dies waren ganz praktische Probleme in der Anfangszeit. Wir haben dann weitergemacht. Die Privatisierung folgte dem Grundsatz, das zuerst zu tun, was am dringlichsten erschien. Also im August 1990 sprach man im Verwaltungsrat der Treuhand von einer Ernährungskrise, die im Winter bevorstand. Die Argumentation war: Die Versorgungskanäle haben sich geändert. Viele Lebensmittel kommen aus dem Westen. Die großen Autos aus dem Westen sind nicht in der Lage, die kleineren Kommunen zu erreichen, weil die Brücken diese großen Lasten nicht aushalten. Und wir haben dann ganz schnell eine Privatisierung von etwa 5 000 Handelsunternehmen betrieben. Es folgten die Hotelbetriebe, später die Zeitungen. Die Chemieindustrie wirkte auf den ersten Blick so marode, dass man sagte: „Da müssen wir länger dran arbeiten.“ Wir haben viele Fachleute aus dem Osten geholt, aber auch sehr stark aus dem Westen. Man hat immer wieder gesagt: „Was sind das für Leute? Das sind doch Leute, die bei der Konkurrenz waren.“ Aber für uns war einfach der Zwang gegeben, Sachverstand mitzubringen. Wenn wir auf den Sachverstand verzichtet hätten, hätten wir von der Integrität her Theologen nehmen können. Aber die hätten uns nicht geholfen, die Wirtschaftsprobleme zu lösen.

**D. Siems: Es wird sehr deutlich, dass die Privatisierung der Unternehmen ein unglaublich schwieriger Prozess war, vor allem auch die Antwort auf die Frage, wie viel übrigbleiben konnte von der ehemaligen DDR-Wirtschaft. Herr Professor Pohl, man hatte anfänglich die Vorstellung von blühenden Landschaften. Die Einschätzung war am Anfang wahrscheinlich auch durch die Statistiken beeinflusst, die in der DDR angefertigt worden sind und nicht immer der Realität entsprachen, und auch von**

einer völlig falschen Einschätzung im Westen beeinflusst. Dies hat am Anfang das Problem sehr viel kleiner aussehen lassen. Sie sagten schon Mitte der 1990er Jahre, dass es Jahrzehnte dauern wird, bis ein Anschluss an den Westen zu schaffen ist. Das sei nicht schnell machbar. Welche Rolle spielten damals beispielsweise die Sozialpartner und die Frage der Lohnentwicklung? Damals wurde argumentiert: „Die Leute rennen uns sonst weg. Es muss gemacht werden. Man muss da schnell den Anschluss schaffen.“ Ähnlich war die Argumentation auch bei den Sozialausgaben. Man hat sehr schnell das Sozialsystem auf ganz Deutschland ausgeweitet. Warum dauerte es so lange, bis der Anschluss oder das Aufstreben des Ostens gelang? Was machte den Prozess so schwierig?

**R. Pohl:** Weil die Wirtschaft in einem total desolaten Zustand war. Man darf ja nicht vergessen: Da war die Grenze gefallen, und fortan kauften die Leute nicht mehr in der DDR, sondern sie kauften außerhalb. Das heißt, der Absatz brach zusammen. Dann stellte man sehr schnell fest, dass die Unternehmen in einem sehr schlechten Zustand waren und überhöhte Kosten sowie veraltete Produktionsanlagen hatten. Das heißt, sie waren dem internationalen Wettbewerb, der ja ohne Vorbereitung über Nacht hereingebrochen war, überhaupt nicht gewachsen. Und daraus ergab sich dann eine Schlussfolgerung: Jetzt müssen neue Investitionen her. Aber die Frage war: Wer investiert denn im Osten? Das strategische Pro-

*Die Regierung musste versuchen, Investitionen im Osten zu mobilisieren. Das war nicht von heute auf morgen möglich.*

*R. Pohl*

blem war damals: Um die Menschen im Osten mit Gütern zu versorgen, brauchte man keine Produktion im Osten. Dies war alles auf den Weltmärkten einkaufbar. Die Regierung musste versuchen, Investitionen im Osten zu mobilisieren. Das war nicht von heute auf morgen möglich. Das ist der erste Punkt. Der zweite Punkt ist, dass für die Unternehmen, die in der Welt überall Kapazitäten frei hatten, auch gar kein Anreiz bestand, in den Osten zu gehen. Was

sollten sie dort? Also konnte man nur eins machen: Man musste sie durch Subventionen anlocken. Das ist ja auch geschehen. Und jetzt kommt das Kuriose in der Geschichte: Eine Staatswirtschaft war zusammengebrochen, und der Aufbau einer neuen Wirtschaft ging auch wieder nur mit dem Staat, nämlich mit Subventionen. Aber dies war alles ein zeitaufreibender Prozess. Als Ökonom konnte man sich nicht vorstellen, dass das über Nacht möglich ist. Dann kam hinzu, was Herr Ludewig gesagt hat: Wenn 100 000, 200 000 Ostdeutsche in einem Jahr abwandern, dann ist das ja auch ein Zeichen dafür, dass in weiten Teilen der Bevölkerung gar kein Zutrauen war. Sollen Unternehmen jetzt investieren in einen Landstrich, wo keiner bleiben will? Ich komme mit einem Wort noch auf die Lohngeschichte: Wissen Sie, die Lohngeschichte war ja im Grunde auch der Traum der Ostdeutschen, mit der Öffnung der Grenzen an das Lebensstandard-Niveau im Westen anzuschließen. Das versteht doch jeder. Das Problem war nur: So etwas muss erwirtschaftet werden, aber es war noch nicht erwirtschaftet. Da hat man schon mal die Löhne erhöht. Dies führte dann dazu, dass die Lohnkosten dramatisch gestiegen sind, und die Leute machten plötzlich eine Erfahrung, die sie vorher nie gemacht haben. Die Arbeitslosigkeit nahm rapide zu. Das war völlig unvermeidlich. Jetzt sage ich Ihnen als Ökonom: Diese Lohnpolitik war außerordentlich kritisch zu sehen. Auf der anderen Seite kann auch die Frage gestellt werden: Ohne Lohnsteigerung wären vielleicht 500 000 Menschen pro Jahr abgewandert, und dann wäre der Prozess überhaupt nicht ins Rollen gekommen. Es war also, unter dem Strich, ein Suchen nach dem richtigen Weg, trial and error in einer sehr schwierigen Situation. Und es wurde bereits erwähnt, dass ich nach über 25 Jahren immer noch hier wohne. Daher können Sie davon ausgehen, dass mein Urteil über das Erreichte im Ergebnis dann doch ein positives ist.

**D. Siems: Herr Roghmann, hier wurde gesagt, dass mit Subventionen Unternehmen angelockt werden mussten. Ein wesentliches Ziel am Anfang der 1990er Jahre war der Erhalt und die Sanierung der Industrie. Ostdeutschland hatte eine Industrie, die schlagartig nicht mehr wettbewerbsfähig war. Gerade hier in Mitteldeutschland war die Chemieindustrie ein ganz wich-**

**tiger Bereich. Sie kommen aus der Chemieindustrie, und Dow Chemical war einer der großen Investoren hier. Was gab den Ausschlag? Also, warum war diese Region interessant? Waren es nur die Subventionen?**

**R. Roghmann:** Es ist eine Phase der Chancen wie auch Risiken gewesen. Wer sich unternehmerisch engagiert hat, der hat sicherlich vorrangig die Chancen gesehen, aber jedem ist auch bewusst gewesen, dass damit erhebliche unternehmerische Risiken verbunden gewesen sind. Für uns als Unternehmen waren verschiedene Aspekte ausschlaggebend, sich hier zu engagieren. Auf der einen Seite haben wir natürlich die Möglichkeit gesehen, uns in einem sich sehr schnell wandelnden wirtschaftlichen Umfeld in diesem Markt weiterzuentwickeln. Dies geschah allerdings ganz stark mit der Blickrichtung Osteuropa, weil der Markt in den Neuen Bundesländern kein Markt ist, der für einen großen Chemieproduzenten wirklich als nennenswert zu beschreiben wäre. Wir haben letzten Endes unsere Wachstumsstrategie seinerzeit so aufgebaut,



dass wir uns in Richtung Osteuropa orientieren. Den sich dort abzeichnenden Markt wollten wir durch Produktion hier aus Mitteldeutschland entsprechend vorbereiten, um zu einem sehr viel späteren Zeitpunkt entscheiden zu können, ob wir auch in diesen Ländern unsere Produktion weiter vor Ort durch Investitionen ausbauen. Auf der anderen Seite ist die Gegend hier eine mit mehr als 100 Jahren andauernden Tradition, wenn es um Chemie geht. Die Tatsache, dass hier im Vergleich zum Westen Anlagen unter sehr unzulänglichen Verhältnissen betrieben wurden, hat dazu geführt, dass die Menschen hier zum Zeitpunkt, als wir seinerzeit entschieden haben, uns zu engagieren, extrem kreativ, innovativ und auch kompetent gewesen sind. Das sieht man auch daran, dass in den Betrieben viele Generationen aus den Familien schon unterwegs gewesen sind und auch heute noch beschäftigt sind. Ich habe die Möglichkeit gehabt, unterschiedliche Produktionen international im Vergleich zu sehen, und man kann ganz klar sagen, dass sich gerade diese Region durch ein Höchstmaß an Kompetenz auszeichnet, sicherlich auch durch Loyalität der Chemie und damit auch den Unternehmen gegenüber. Das ist zurückblickend wie auch nach vorne blickend ein Wettbewerbsvorteil.

**D. Siems: Kann ich ganz kurz nochmal nachfragen? Die Frage der Subventionen, der Anreize, ist das wichtig gewesen?**

**R. Roghmann:** Ich glaube, dass die Investitionssubventionen eine ganz wesentliche Entscheidungsgrundlage gewesen sind. Die Hilfe hat Zeit gekauft. Ohne diese Hilfe hätten, ganz nüchtern betrachtet, viele Unternehmen, auch unser Unternehmen, diese Entscheidung sicherlich anders bewertet. Die seinerzeit gezahlten Subventionen waren also ein Muss, ohne welches diese Entwicklung der Region in der Form gar nicht möglich gewesen wäre.

**D. Siems: Das möchte ich gleich mal weitergeben an Frau Professorin Wolff. Subventionen spielten ja nicht nur in der Chemieindustrie, sondern eben in dem Ganzen eine wichtige, auch eine notwendige Rolle. Kann man sagen, dass die Transfers, etwa zur Ansiedlung von Unternehmen, aber auch im Rahmen der Sozialsysteme beispielsweise, effizient waren?**

## **Sind sie noch immer effizient nach 25 Jahren? Wie würden Sie das beurteilen?**

**B. Wolff:** Effizienz ist natürlich ein Terminus technicus, den wir erst sorgfältig definieren müssen. Vielleicht darf ich die Frage etwas entschärfen und fragen: War es erfolgreich? Ich glaube, man muss tatsächlich versuchen, sich in die damaligen Rahmenbedingungen, in die damalige Situation hineinzusetzen. Und da ist mein Eindruck, dass man eigentlich im Wesentlichen drei Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung in der Nachwendezeit unterscheiden muss. Sie haben das eben schon angedeutet. Die erste Phase würde ich nennen: „Retten, was zu retten ist“. Wir hatten die Riesenkonglomerate, Massenarbeitslosigkeit von weit über 40% einschließlich der so genannten verdeckten. Es ging wirklich darum, schnell Jobs zu schaffen, egal welche. Das, was an wirtschaftlicher Substanz und an Kompetenz da war, also diese Chemieaffi-

*Ich wüsste selbst ex post nicht, was man hätte punktgenau besser machen können, trotz bestimmt vorhandener Ineffizienzen und Reibungsverluste.*

B. Wolff

nität im Süden Sachsen-Anhalts, die Maschinenbaukompetenz und die Technikfreundlichkeit im Land, galt es zu erhalten und was daraus zu machen. Also ich wüsste selbst ex post nicht, was man hätte punktgenau besser machen können, trotz bestimmt vorhandener Ineffizienzen und Reibungsverluste. In der zweiten Phase ging es darum, dass Unternehmertum um diese großen Konglomerate herum entsteht. Das war ja genau das, was zu DDR-Zeiten nicht wirklich gefordert war. Ergo war es auch richtig, die Fördermilliarden, die damals auch in Sachsen-Anhalt zur Verfügung standen, Unternehmerpersönlichkeiten zu überlassen, in der Hoffnung, dass sie was daraus machen und schnell Jobs schaffen, zunächst durchaus auch nach der Maxime: Egal welche. Es wurde nach dem Windhund-Prinzip bewilligt. Es musste einfach schnell gehen. Als ich dann anfing, mich intensiver mit der Thematik zu befassen, waren die Subventionsvolumina schon deutlich gesunken. Eine Größenordnung

von 150 Millionen Euro pro Jahr ist immer noch sehr viel Geld. Inzwischen liegt das Volumen bei deutlich unter 100 Millionen Euro pro Jahr. Es war inzwischen auch ein lebendiger Mittelstand entstanden, auch einer mit Wachstumspotenzial. Und auch alle Großunternehmen im Westen, beispielsweise Bosch, Apple, Siemens, sind aus kreativen, kleinen Unternehmen entstanden. Organisches Wachstum ist auch für Mitteldeutschland eine Option. Das muss nicht alles von außen kommen und schon ein fertiger Konzern mit DAX-Notierung und Hauptsitz hier sein. Deswegen war ungefähr ab 2012 die dritte Phase angebrochen, in der eine viel punktgenauere wachstums-, innovations- und wissensorientierte Förderung vorgenommen wird, weg vom Windhund-Prinzip hin zu anderen Kriterien. Genau das haben wir dann versucht. Daher hatten das Bildungssystem, die Hochschulen, auch die außeruniversitäre Forschungslandschaft eine so große Bedeutung. Ich konnte mich leider nicht in allen Argumenten durchsetzen, aber im Prinzip halte ich diese Linie bis heute für richtig. Und ich glaube, sie wird im Prinzip auch weiterhin verfolgt.

**D. Siems: Dr. Zeuner, wenn Sie diese 25 Jahre, die vergangen sind, beleuchten, wie erfolgreich war die Fusion zur Deutschland AG? Wir haben immer noch Unterschiede in der Produktivität und Unternehmensgröße. Dies wurde eben angesprochen. Wenn Sie das mit volkswirtschaftlicher Brille bewerten würden, nicht politisch, sondern eben nüchtern, ist es gelungen? Ist es ein gutes und erwartbares Ergebnis, das man nach 25 Jahren vor sich hat?**

**J. Zeuner:** Es ist ein sehr gutes Ergebnis. Ich weiß eigentlich nicht, wie man zu einem anderen Schluss kommen kann, als es sehr gut zu nennen. Natürlich gab es viele Risiken, aber auch viele Chancen. Viele Entscheidungen wurden getroffen, und im Nachhinein hätte man immer Dinge anders machen können. Aber Deutschland und auch die fünf Neuen Bundesländer sind im internationalen Vergleich in etwa da angekommen, wo sich alle anderen G7-Länder befinden. In manchen Belangen stehen wir sogar besser da. Die regionalen Unterschiede etwa in der Arbeitsproduktivität sind zwischen den Neuen Ländern und den Alten Ländern im internati-

onalen Vergleich überhaupt nicht auffällig. Für Länder wie Italien oder selbst UK, die USA und Kanada sind die Unterschiede bei zentralen Indikatoren wie BIP pro Kopf, Arbeitsproduktivität oder Arbeitslosenquote teils sehr viel größer. Vom Ergebnis betrachtet, muss man die Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland als ein erfolgreiches Projekt bezeichnen. Und es gibt dafür gute Gründe. Die meisten sind hier schon angesprochen worden: Investitionen und Transfers sind natürlich ganz entscheidend. In den 1990er Jahren sind nicht nur die Unternehmer gekommen, sondern es musste auch die Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden. Das

*Vom Ergebnis betrachtet, muss man die Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland als ein erfolgreiches Projekt bezeichnen.*

J. Zeuner

war zu Beginn eine große Aufgabe, weil der Staat gleichzeitig – das ist ja etwas Typisches für die Transformationsländer – alle Infrastrukturen aufbauen musste. Es gab beispielsweise kein modernes Telefonnetz, Handys sowieso nicht. In vielen Regionen ist die Infrastruktur vorhanden, mehr oder weniger gut, aber sie ist da und man kann dann eine Wirtschaft entwickeln. In Ostdeutschland ist das alles gleichzeitig passiert. Entsprechend groß sind die Ausgaben gewesen. Das war sicherlich ein ganz entscheidender Punkt für den Erfolg. Ein zweiter Umstand, der zu Beginn negativ war, betraf die Abwanderung. Sie hat aber bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sehr geholfen. Wir hatten in den 1990er Jahren eine Flexibilität, die notwendig war, auch aufgrund der Währungsunion, die wir sehr früh eingegangen sind. Diese Flexibilität war vorhanden. Die Menschen und Institutionen haben sich verändert, haben sich angepasst. Dies war teilweise sehr schmerzhaft. Aber einschließlich der Abwanderung hin zu den Arbeitsplätzen hat es Deutschland insgesamt weiter gebracht und auch die Transfers ermöglicht, die in die ostdeutschen Länder notwendig waren.

**D. Siems: Ich bin noch bei der ersten Runde. Bei sieben Leuten dauert das ein wenig. Monsieur Dufeil: Es geht ja heute auch darum, aus europäischer Sicht auf den Prozess hier in Ostdeutsch-**

**land zu schauen. Wenn Sie mal von Brüssel auf die Neuen Länder schauen und auch mit anderen Transformationsländern vergleichen – denn Ostdeutschland ist nicht die einzige Region, die eine riesige Herausforderung zu schultern hatte –, wo steht Ostdeutschland in diesem Vergleich? War es von Vorteil, den großen Bruder im Westen zu haben, der eben schnell sowohl Management-Know-how als auch das nötige Geld bereitstellen konnte, um Arbeitsplätze zu schaffen? Oder war dies eher ein Nachteil, weil es vielleicht eine gewisse Dynamik lähmt? Wie beurteilen Sie das?**

**M.-E. Dufeil:** Ich würde das deutlich zwiespältig sehen. Es gab Vorteile und Nachteile. Die Zugehörigkeit zu dem großen Bruder mit Taschen mit viel Geld ist an sich schon ein Vorteil. Vielleicht haben die Ungarn oder die Polen eine gleiche Chance am Anfang nicht gehabt. Und auch im europäischen Zusammenhang war die Bundesrepublik Deutschland immer ein wichtiger Partner. Wir haben zum Beispiel beobachtet, dass sich die politische Haltung Deutschlands zur europäischen Kohäsionspolitik, zur regionalen Entwicklungspolitik, nach der Wiedervereinigung im Vergleich zur Situation davor verändert hat. Man hatte früher weniger Interesse daran, sah die Notwendigkeit vielleicht nicht so unmittelbar. Von dem Moment, wo Deutschland direkt betroffen war, hat sich die Haltung verändert. Dies ist im europäischen Sinne als politischer Faktor extrem interessant. Aber natürlich sehen wir auch, dass Ostdeutschland innerhalb der Bundesrepublik Deutschland der kleine Partner ist. Die Gesetzgebung ist nicht direkt für seine Bedürfnisse zugeschnitten, was einen Unterschied zu anderen Transformationsländern macht. Insofern muss sich Ostdeutschland beispielsweise bei Tarifverhandlungen oder Gesetzgebungen im sozialen Bereich oder im wirtschaftlichen Bereich an den globalen Zusammenhang anpassen und nicht umgekehrt. Aus unserer Perspektive ist das die Ähnlichkeit mit den Nachbarländern. Es sind jeweils Übergangsprozesse einer plandirigierten Wirtschaft hin zu einer sozialen Marktwirtschaft. Die Lehren sind sehr unterschiedlich, die Ausgangslagen sind unterschiedlich. Aber da sind jeweils extrem interessante Experimente. Man kann sagen, dass die Wiedervereinigung ein bisschen als Vorbild des Beitritts im Jahr 2004 wirkte.



**D. Siems:** Frau Wolff, es wird hier ein eher positives Gesamtbild gezeichnet. Wenn man sich aber den Aufholprozess anschaut, dann sieht man, dass die Dynamik am Anfang sehr groß war und sich dann eigentlich Ost- und Westdeutschland sehr parallel entwickelt haben. Ist das vielleicht auch eine natürliche Sache, dass es eben diese Unterschiede gibt? Es wurde ja schon gesagt: In anderen Ländern gibt es sie auch. Oder ist das nur eine Pause, und es kann da wieder mehr Dynamik kommen? Wovon hängt so etwas ab?

**B. Wolff:** Wir sind noch immer bei knapp 80% des westdeutschen Produktivitätsniveaus, und damit geht auch eine gewisse Einkommenslücke einher. Ich würde mich damit, ehrlich gesagt, nicht zufrieden geben wollen. Aber man muss genau fragen: Wo kommt denn Wachstum her? Wir haben im Moment eine Wirtschaftsstruktur, das zeigen auch die IWH-Analysen deutlich, die darunter leidet, dass die wertschöpfungsstarken Bereiche gerade der großen Unternehmen nicht hier sind. Hier sind häufig nur die so genannten verlängerten Werkbänke. Hier sind ferner die Unternehmen, die wirklich hier verwurzelt sind und uns auch nicht ständig mit Abwanderung drohen, wenn es woanders mehr Subventionen gibt. Diese haben häufig nicht die Forschungs- und Entwicklungspower. Wo kommt denn Wachstum und Wertschöpfung her? Das

kommt ja nicht aus den Köpfen von Politikern oder Makroökonomien, sondern sie entsteht am Arbeitsplatz. Zur Illustration: Ich kann einen Tisch zusammensammeln, das ist ein Tisch. Den kann ich für einen Betrag X, zum Beispiel 100 Euro, verkaufen. Ich kann aber auch mit der Burg Giebichenstein in Halle kooperieren, einen Designertisch bauen lassen, und dann finde ich vielleicht einen Käufer, der für einen Tisch, der in der Produktion kaum mehr kostet, 500 oder 1 000 Euro bezahlt. Das ist wissensintensive Produktion, in diesem Fall künstlerisch angereichert. Und genauso geht das technologisch. Von dieser Art hochwertiger, wissensintensiver, innovationsorientierter Produktion haben wir bislang zu wenig. Das zu unterstützen, könnte jetzt mit den verbliebenen relativ wenigen Mitteln, die man noch für die einzelbetriebliche Förderung hat, die Maxime sein. Das heißt aber, dass vielen anderen, die in der Vergangenheit gewohnt waren, auch gefördert zu werden, kein Geld mehr gegeben kann. Deswegen ist es auch relativ schwierig, diesen Übergang zu kommunizieren und zu vermitteln. Erschwerend kommt hinzu, dass Fördermittelentscheidungen immer ein bisschen die Hayek'sche Anmaßung von Wissen darüber in sich tragen, was letztlich erfolgreich wird. Ob, um das genannte Beispiel wieder aufzugreifen, dieser mit der Burg Giebichenstein entwickelte Designertisch nun wirklich der Kracher wird, entscheidet letztlich die Käuferin oder der Käufer. Es kann immer noch zu Fehlförderungen kommen. Aber nur nach der Reihenfolge des Eingangs der Anträge zu entscheiden, scheint mir angesichts der veränderten Rahmenbedingungen nicht mehr richtig zu sein. Wir müssen jetzt auf qualitativ hochwertige Arbeitsplätze setzen, weil auch das demographische Problem, das wir haben, kein quantitatives, sondern vor allem ein qualitatives ist. Die gut ausgebildeten jungen Leute gehen weg. Für diese Zielgruppe müssen mehr Perspektiven geschaffen werden. Deswegen muss so eine innovationsorientierte Wirtschaftspolitik betrieben werden. Das machen viele andere Länder auch. Das fordert auch die EU sehr stark ein. In der Vorbereitungsphase für die laufende Strukturfondsperiode hatte ich viele Gespräche. Und genau das war, was wir aus Brüssel immer gehört haben: „Das müsst ihr machen.“ Die handwerkliche Umsetzung dieser Änderungen der Förderstrategie und ihre Kommunikation sind nicht einfach, aber machbar.

## **D. Siems: Herr Professor Pohl dazu.**

**R. Pohl:** Ich möchte das gern ergänzen. Wir sagen immer, dass es keine Forschung und nur verlängerte Werkbänke gibt. Ich bin nicht ganz sicher, ob das eine faire Beschreibung der Unternehmen in Ostdeutschland ist. Es wird hier auch geforscht, auch von den kleinen Unternehmen, und zwar sehr erfolgreich. Und sie gehen mit diesen Produkten auch auf die Weltmärkte. Es ist nicht so, dass die Absatzgebiete ostdeutscher Unternehmen an der Oder enden. Das kann man wohl nicht sagen. Und beim Ranking nach der Innovationsfähigkeit der Regionen in der EU gehören mindestens Thüringen und Sachsen im europäischen Kontext zu den Führern in der Innovationstätigkeit. Sachsen-Anhalt ist kein Führer, aber immerhin ein Follower. Das ist die zweitbeste Kategorie. Das, glaube ich, ist hier mit einzublenden. Die Struktur der Unternehmen ist besser als man denkt. Aber einen Punkt muss man sehen: Wenn wir immer auf Westdeutschland starren, dann starren wir auf

*Die entscheidende Frage ist: Wie gehen wir mit der Dynamik in der gesamtdeutschen Wirtschaft um?*

R. Pohl

ein wachstumsschwaches Land. Die Dynamik der westdeutschen Wirtschaft ist katastrophal niedrig, und alle finden das sogar gut, weil wir ja sowieso kein Wachstum wollen. Jetzt kann die Frage gestellt werden: Wie soll der kleinere Teil Deutschlands Dynamik entwickeln, wenn der größere schwach ist? Also für mich gibt es nur einen Weg: Entweder man bekommt in Deutschland insgesamt mehr Dynamik hin, dann wird das den Osten mitziehen. Oder das gelingt nicht. Dann bleiben beide Landesteile unten. Deswegen ist die Zukunftsfrage für mich nicht, wie wir noch eine Subvention im Osten einführen können und noch eine Investitionsförderung. Das kann man alles machen, bin ich sehr dafür. Aber die entscheidende Frage ist: Wie gehen wir mit der Dynamik in der gesamtdeutschen Wirtschaft um? Wenn wir sozusagen die letzten drei Wagen des Deutschland-Zugs sind, können wir nur so schnell fahren wie der gesamte Zug. Also muss der Zug beschleunigt werden, und nicht

gefordert werden, dass die letzten drei Wagen schneller sein sollen. Das wird nicht gehen.

**D. Siems:** Nachdem wir erst den Aufbau Ost so positiv beurteilt haben, haben wir jetzt ein ganz negatives Bild für Gesamtdeutschland. Das macht die Sache nicht ganz erfreulich. Herr Odewald, Sie möchten gern etwas anmerken?

**J. Odewald:** Ich sehe das nicht als negativ. Aber ich glaube, es gilt, was in der Unternehmerwelt überhaupt gilt. Wer nach vorne kommen will, muss täglich seine Wettbewerber beobachten. Er soll nicht immer nur danach schauen, wer etwas schlechter macht und wer sich zufrieden auf den Bauch schlägt. Sondern er muss wissen, wer etwas besser macht und warum. Was macht er präzise besser? Wie kann ich das auch hinbekommen? Schaffe ich es mit meinen Leuten? Müssen Manager von woanders geholt werden? Gerade wenn der Wissenstransfer gewisse Limitationen hat und Forschung und Entwicklung viel Geld kosten, können gute Manager, die wissen, wo etwas zu bekommen ist, weiterhelfen. Zu Professor Pohl wollte ich sagen, dass ich nicht anderer Meinung als Sie bin. Aber ergänzend würde ich doch sagen: Die Struktur der Unternehmen mag, wie Sie sagen, gut sein. Ich meine aber, sie ist verbesserungsfähig. Und zwar sehe ich das Problem der Kleinteiligkeit

*Der Osten holt auf und kommt dem Westen näher – aber die Wachstumsraten sind verdammt klein geworden.*

*J. Odewald*

der Wirtschaft. Es gibt sehr viele kleine Unternehmen. Der Anteil von Unternehmen mit über 500 Mitarbeitern liegt im Westen beim doppelten Prozentsatz von dem, den der Osten hat. Und bei Unternehmen mit über 300 Mitarbeitern gibt es 30% weniger als im Westen. Das wird man wahrscheinlich gar nicht so schnell ändern können. Aber man muss darüber nachdenken, welche Kooperationsformen möglich sind. Es braucht nicht jeder kleine Mittelständler eine eigene kaufmännische Abteilung. Formen zu finden, wie man kooperiert, vielleicht über Anteilstausch oder Ähnliches,

um das Vertrauen zu schaffen, das ist die eine Aufgabe. Und die Frage stellt sich jeden Tag von Neuem, wenn man standhalten will. Die andere Aufgabe, die Sie hier haben, sind die Wachstumsraten. Der Osten holt auf und kommt dem Westen näher – aber die Wachstumsraten sind verdammt klein geworden. Da muss etwas getan werden, damit das nicht eines Tages umschlägt, und dann haben wir ein Problem.

**D. Siems: Frau Wolff, Sie möchten einige Zahlen ergänzen. Abschließend erhält Herr Roghmann das Wort.**

**B. Wolff:** Im Jahr 2010 betragen die betriebliche FuE-Ausgaben (FuE = Forschung und Entwicklung) pro Einwohner und Jahr in Sachsen-Anhalt 70 Euro, in Thüringen 200 Euro, in Sachsen 230 Euro und in Baden-Württemberg 1 100 Euro. Das war 2010, aber die Proportionen haben sich seitdem nicht so sehr verändert. Und das, glaube ich, ist einer der Kernpunkte dieser Wachstumslücke.

**D. Siems: Herr Kretschmann, der Ministerpräsident Baden-Württembergs, hat Baden-Württemberg kürzlich mal mit Silicon Valley verglichen. Und das war dann ganz ernüchternd. Dies ist eben in ganz Deutschland ein Problem. Ich würde ganz gern Herrn Roghmann und damit die unternehmerische Sicht nochmal zu Wort kommen lassen. Wie ist das in der Chemieindustrie? Ist das Zusammenspiel eines Großunternehmens, von dem Sie kommen, mit einem lebendigen Mittelstand, der sich darum gruppiert, gelungen? Beeinflusst ein industrieller Kern mit seiner Strahlkraft die ganze Wirtschaft?**

**R. Roghmann:** Lassen Sie mich zunächst zum Thema Wachstum noch einen Satz sagen, und dann werde ich auf Ihre Frage Bezug nehmen. Erst mal ist es so, dass Wachstum ja am Ende des Tages ein Spiegelbild der Kundennachfrage für die in der Region hergestellten Produkte ist. Wir dürfen letztendlich nicht vergessen, dass die Krise, die durch den Konkurs des Finanzhauses Lehman Brothers 2008 ausgelöst wurde, nach wie vor eine Strahlkraft auch auf die heutige Situation der Unternehmen und Betriebe in der Region hat. Dies betrifft insbesondere auch die Chemieindustrie, weil sie

sich im internationalen Wettbewerb behaupten muss. Vor diesem Hintergrund haben wir im Prinzip eine Wachstumslücke von sieben, acht Jahren, die wir zunächst mal realisieren müssen. Das heißt, wir haben hier auch Phasen gehabt, in denen nicht permanent frisches Kapital in die Unternehmen eingespeist wurde in der Form, wie das in den Restrukturierungszeiten von 1995 bis 2000 hier sichtbar der Fall gewesen ist. Die Kundendynamik, die Nachfrage haben das schlichtweg nicht gerechtfertigt. Wenn wir hier über Forschung und Entwicklung sprechen, dann reden wir auch über den Teil des Wachstums, der durch neue Produkte, neue Innovationen, die über das existierende Maß hinausgehen, stimuliert werden soll. Diese Diskussion führt man ohne Frage zurecht. Vor dem Hintergrund muss man das im Verbund miteinander betrachten.

**D. Siems: Ich würde gern als Nächstem Herrn Ludewig und danach Herrn Zeuner das Wort geben.**

**J. Ludewig:** Ich glaube, Sie sind am Anfang ziemlich schnell darüber hinweggegangen, was sich hier 1990 abgespielt hat. Deswegen kann man die Lehren daraus nicht so schnell ziehen. Einige wichtige Punkte sind bisher noch nicht klargeworden. Sie reden zum Beispiel immer wieder von Subventionen. Ich sage: Subventionen sind nicht Subventionen. Wir haben damals ganz klar gesagt: Es gibt keine Dauersubvention. Das war die Lehre, die wir aus dem Ruhrgebiet und seiner katastrophalen wirtschaftlichen Entwicklung gezogen haben. Was dort über Jahrzehnte hinweg gemacht worden ist, wollten wir in Ostdeutschland auf keinen Fall wiederholen. Es sollte keine Dauersubvention geben. Diese Haltung ist uns später auch vorgehalten worden. Aber ich habe dann immer gesagt: „Wir machen das in Ostdeutschland nicht, damit es nicht bei den Problemen des Ruhrgebiets endet und wir nur noch Subventionsempfänger haben.“ Das war eine ganz wichtige Grundsatzentscheidung, mit der wir uns damals klar abgesetzt haben von dem, was früher in der alten Bundesrepublik gemacht worden ist. Und der zweite, für uns im Kanzleramt strategisch wichtige Punkt war: dass wir in Ostdeutschland eine Wirtschaft aufbauen müssen, die sich eigenständig entwickeln kann, die eine eigene Industrie hat, mit der sie auch an der Weltwirtschaft, am internationalen Austausch teil-

nehmen kann. Natürlich wird es da verlängerte Werkbänke geben und es wird auch eine ganze Weile dauern. Der Bundeskanzler hat im Mai 1991 in seiner Rede in Schkopau am Sitz der Buna AG, wo heute Dow Chemical ansässig ist, gesagt, dass es hier in dieser traditionellen Chemieregion auch in Zukunft Chemie weiter geben wird. Dies war zweifellos revolutionär. In der alten Bundesrepublik hat man gesagt: Das wird sich irgendwie entwickeln, und der Markt wird das schon richten. Dann schauen wir, was dabei

*Wir haben damals ganz klar gesagt: Es gibt keine Dauersubvention. Das war die Lehre, die wir aus dem Ruhrgebiet und seiner katastrophalen wirtschaftlichen Entwicklung gezogen haben. Was dort über Jahrzehnte hinweg gemacht worden ist, wollten wir in Ostdeutschland auf keinen Fall wiederholen.*

L. Ludewig

rauskommt. Strukturpolitik im engeren Sinne hat es in der alten Bundesrepublik nicht gegeben, aber im Osten. Warum? Weil wir gesehen haben, die Prozesse laufen so schnell ab, die Wirtschaft bricht so schnell zusammen, dass, wenn wir nicht *eigene* Entscheidungen dagegensetzen, nachher nur zusammengebrochene Industrien übrigbleiben. Bis sich aus zusammengebrochenen Industrien wieder etwas Neues entwickelt, das kann viel länger dauern, als es den betroffenen Menschen gegenüber verantwortet werden kann. Für diese Menschen wäre ein völliger Zusammenbruch der Industrien menschlich und sozial nicht verkraftbar und nicht zumutbar gewesen. Ab Sommer haben wir deswegen 1991 eine klare Kehrtwende vollzogen und gesagt: „Wir wollen hier eine Industrie aufbauen. Selbst wenn sich private Investoren nicht sofort finden, machen wir das.“ Das war in gewisser Weise revolutionär, und ich will nochmal sagen, welche Lehren man daraus vielleicht auch für heute ziehen kann, etwa für Griechenland. Die Grundentscheidung ist: Es gibt keine Dauersubvention. Wenn Sie das einmal machen, das sehen Sie im Ruhrgebiet, in Griechenland und an anderen Beispielen, wenn Sie also Strukturen dauerhaft künstlich am Leben erhalten, kommen Sie nachher praktisch nicht wieder

heraus. Das war übrigens auch einer der Gründe, warum wir keine Steuervorzugsgebiete in Ostdeutschland eingerichtet haben. Wir haben das ganz zu Beginn einmal diskutiert. Wir haben es nicht gemacht, weil unsere Erfahrung aus der alten Bundesrepublik war: Wenn man sich einmal an Subventionstatbestände gewöhnt hat, ist es fast unmöglich, wieder davon loszukommen.

**D. Siems:** Ich hatte Subvention jetzt hier in diesem Zusammenhang auch gar nicht negativ gesehen, sondern es war ja von nötiger Förderung die Rede. Dennoch stellt sich für Ostdeutschland die Frage der Gewöhnung an Transfers: Werden über das hinaus, was bis 2019 vereinbart ist, weitere Transfers im Rahmen von einer Finanzausgleichsreform benötigt?

**J. Ludewig:** Ich glaube, wir müssen wegkommen von dieser Ost-West-Geschichte. Das ist ja auch, was die Wirtschaftsminister diskutiert haben.

**D. Siems:** Herr Ludewig, ich wollte die Frage weitergeben an Ihren Nachbarn, Herrn Zeuner. Er kann, glaube ich, dazu auch etwas sagen. Denn es stellt sich die Frage: Müssen Regionen eigentlich dauerhaft Transfers erhalten, weil sie sich noch nicht auf einem gewünschten Entwicklungsniveau befinden? Oder muss man davon vielleicht auch wegkommen und sagen, irgendwann müssen die Bundesländer oder vielleicht auch noch kleinere Einheiten Einnahmen und Ausgaben allein hinkommen?

**J. Zeuner:** Erlauben Sie mir bitte einen kurzen Sprung zurück, was die Vor- und Nachteilediskussion des so genannten großen Bruders betrifft. Das war der große, reiche Bruder. Ich glaube, ein ganz wichtiger Punkt ist, dass neben den Subventionen auch der Transfer von Institutionen, wie Rechtssicherheit, eine Rolle gespielt hat. Also auch bei einer hohen Subvention geht ein Unternehmer nicht an einen Standort, wo er langfristig nicht in der Lage ist, wirtschaften zu können. Es ist eine der großen positiven Lehren, die man für andere Transformationsländer auch innerhalb der EU ziehen muss, dass der Aufbau der Institutionen wahnsinnig lange dauert.

Vielleicht war die Unterstützung durch internationale Organisationen, die hier hätten helfen können, im Rückblick nicht hinreichend. Zu Ihrer Frage: Man sollte sich die Frage stellen: Was sind jetzt die Herausforderungen der nächsten 25 Jahre, und sind sie an einer geographischen Ost-West-Aufteilung festzumachen? Das sind sie, glaube ich, nicht mehr. Da gibt es andere Themen. Demographischer Wandel, Alterung sind ganz wichtige Stichworte. Demographie hat viele Facetten. Da geht es nicht nur um die äl-

*Was sind jetzt die Herausforderungen der nächsten 25 Jahre, und sind sie an einer geographischen Ost-West-Aufteilung festzumachen? Das sind sie, glaube ich, nicht mehr.*

J. Zeuner

tere Bevölkerung, sondern auch um die Partizipation der Frauen am Erwerbsleben und so weiter. Es geht um Zuwanderer, die wir integrieren müssen. Das sind die Themen. Wie entwickeln sich unsere Städte? Die Konzentration in Ballungszentren wird sich fortsetzen. Sollen diese genauso wie ländliche Räume gefördert werden? Wenn ja, wie macht man das? Das sind Fragen, die sich in der gesamten Bundesrepublik stellen. Die meisten Kriterien, die hier diskutiert werden, führen am Ende dazu, dass in den ostdeutschen Ländern nach wie vor überproportional gefördert werden würde. Aber es gibt eben auch die eine oder andere strukturschwache Region in den Alten Ländern, die vor ähnlichen Herausforderungen steht wie viele Regionen in den Neuen Ländern.

**D. Siems: Die Frage würde ich ganz gern auch noch einmal an meine rechte Seite geben. Die Politik diskutiert gerade darüber, ob es für den Solidarpakt, der 2019 ausläuft, einen Nachfolger geben muss. Es gibt nach wie vor den Solidaritätszuschlag. Dieser fließt heutzutage nicht mehr schwerpunktmäßig in den Osten. Aber dennoch wird darüber verhandelt, ob diese Gelder künftig an strukturschwache Regionen gehen würden mit der Folge, dass ein Großteil Ostdeutschland zugute käme. Dann wäre man noch Jahrzehnte auf einen Ausgleich innerhalb Deutschlands ausgerichtet. Wie schätzen Sie das**

**ein? Ich richte diese Frage zunächst an Herrn Pohl und würde dann Herrn Dufeil bitten, darauf zu antworten.**

**R. Pohl:** Ich kann mir kein Land wie Deutschland vorstellen, wo es nicht einen regionalen Ausgleich gibt. Dass alle Regionen allein gelassen werden, ist einfach indiskutabel. Einen Ausgleich hatten wir in Westdeutschland vor der Wende ja auch schon.

**D. Siems: Soll das ein Ausgleich zwischen Ost-West oder ein davon abgeleiteter sein?**

**R. Pohl:** Nein, es gibt einen Ausgleich zwischen starken und schwachen Regionen. Das ist für Gesamtdeutschland nicht anders. Das wird es auch künftig geben. Das ist dann kein Ost-West-Thema mehr, sondern es ist ein Thema schwacher und starker Regionen. Wir tun ja immer so, als ob Bayern ganz oben steht. Man darf nicht vergessen, dass Bayern auch ganz schwache Regionen hat, die auch in die Förderung mit reinkommen. Hinzu kommt, dass es noch andere Quellen der Finanzierung gibt. Wenn die Arbeitslosigkeit in einer Region höher als in einer anderen ist, gibt es im System der Arbeitslosenversicherung einen Finanzstrom in die Region mit einer hohen Arbeitslosigkeit. Dasselbe gilt für die Sozialsysteme und letzten Endes, muss ich jetzt mal an meinen Nachbarn zur Linken sagen, auch für die Agrarpolitik. Das, was da aus Europa in unser Land fließt, kommt zum Teil Ostdeutschland zugute. Es wird weiterhin einen „Finanzausgleich“, also Finanzströme, geben. Das ist ganz klar. Dass die Steuerkraft in Ostdeutschland nachhaltig niedriger als in Westdeutschland ist, wird so bleiben. Da kann ich mir für die nächsten zehn Jahre keinen signifikanten Abbau vorstellen. Denn bei dem schwachen Wachstum von 1%, das wir in Gesamtdeutschland haben, wird es keine Dynamik in der Steuerentwicklung geben, die viel größer ist. Da wäre also das Wachstumsthema wieder da. Von daher würde ich eigentlich nicht die Frage stellen: Wie können wir jetzt Finanzströme sichern? Sondern: Wie können wir Wachstum erreichen? Ich sage Ihnen mal etwas ganz Provokierendes: Mit den Energiepreisen, die wir haben, weltweit an der Spitze stehend, werden wir eine Wachstumsdynamik nicht erzeugen. Aber das war jetzt eine Provokation. Jetzt haben Sie das Wort.

## **D. Siems: Ich würde gern die europäische Sicht dazu hören.**

**M.-E. Dufeil:** Also zum einen, ein Finanzausgleich ist keine Perspektive für die europäische Ebene. Das ist wirklich eine innere deutsch-deutsche Debatte, zu welcher ich mich natürlich nicht positionieren möchte. Unsere Denkweise ist anders. Wir haben ein ganz einfaches Kriterium, das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner. Es kennzeichnet europaweit, wo sich die Regionen befinden. Liegt dieser Wert bei weniger als 75% des EU-Durchschnitts, handelt es sich um schwach entwickelte Regionen. Von letzteren gibt es in Deutschland keine mehr. Es hat welche gegeben, aber die sind jetzt alle raus aus dieser Kategorie. Das ist schon ein gutes Zeichen.

## **D. Siems: Waren alle ostdeutschen Städte anfangs in der untersten Gruppe?**

**M.-E. Dufeil:** Ja, natürlich, mit Ausnahme von Westberlin. Und jetzt sind diese Regionen alle raus aus der Gruppe mit dem niedrigsten Entwicklungsstand. Das heißt, es geht nach oben. Ferner gibt es die so genannten Übergangsregionen. Zu ihnen zählen fast alle ostdeutschen Regionen außer Leipzig und Berlin. Und wenn man Regionen, die ein Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner zwischen 75% und 90% aufweisen, als Übergangsregionen bezeichnet, weist das schon auf eine Bewegung in Richtung der bestentwickelten Regionen, zu denen fast alle westdeutschen Regionen gehören, hin. Das

*Wir streben danach, die Rahmenbedingungen zu verbessern, durch eine gewisse Angleichung der Infrastrukturen, Sanierung der Altlasten, Schaffung von Rahmenbedingungen für die Unternehmer. Aber Wachstum muss vor Ort entstehen und sich weiterentwickeln.*

*M.-E. Dufeil*

ist die europäische Denkweise. Wir fördern jetzt mit europäischen Struktur- und Investitionsfonds. Das heißt, es geht um Investitionen. Sie haben am Anfang gesagt, „Brüssel“ glaube, man forciert Wachstum. Nein, das glauben wir nicht. Wir streben danach, die

Rahmenbedingungen zu verbessern, durch eine gewisse Angleichung der Infrastrukturen, Sanierung der Altlasten, Schaffung von Rahmenbedingungen für die Unternehmer. Aber Wachstum muss vor Ort entstehen und sich weiterentwickeln. Keiner von uns glaubt, dass wir das von oben nach unten schaffen. Für die Zukunft besteht unser Anliegen, in Partnerschaft mit den Akteuren vor Ort sehr gezielt vorzugehen und von dem berühmten Gießkannenprinzip wegzukommen. Das bestimmen nicht alles wir. Sondern es geht darum, auf die richtigen Hebel Einfluss zu gewinnen, zum Beispiel auf Forschung und Entwicklung, CO<sub>2</sub>-Minderung, Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, die Genderstrategie in der Hoffnung, dass sie dann in positiven Wellen weiter in die Wirtschaft hineinwirken. Der Erfolg ist nie garantiert, aber es hat, würde ich sagen, bislang nicht schlecht funktioniert.

**D. Siems: Das Stichwort Energiewende ist ja schon gefallen. Sie ist für Ostdeutschland auch eine ganz wesentliche Rahmenbedingung, die gesetzt wird. Die Energiewende verändert hier auch Strukturen. Man muss nur die Straße langfahren und sich die Windräder anschauen. Man sieht, dass dadurch Rahmenbedingungen verändert werden. Herr Roghmann, wie stellt sich das für Sie als Unternehmer, als Manager dar? Liegt da eine Chance drin, die Deutschland jetzt hat, um dynamischer, zukunftsorientierter zu werden? Oder ist das eher ein Klotz am Bein?**

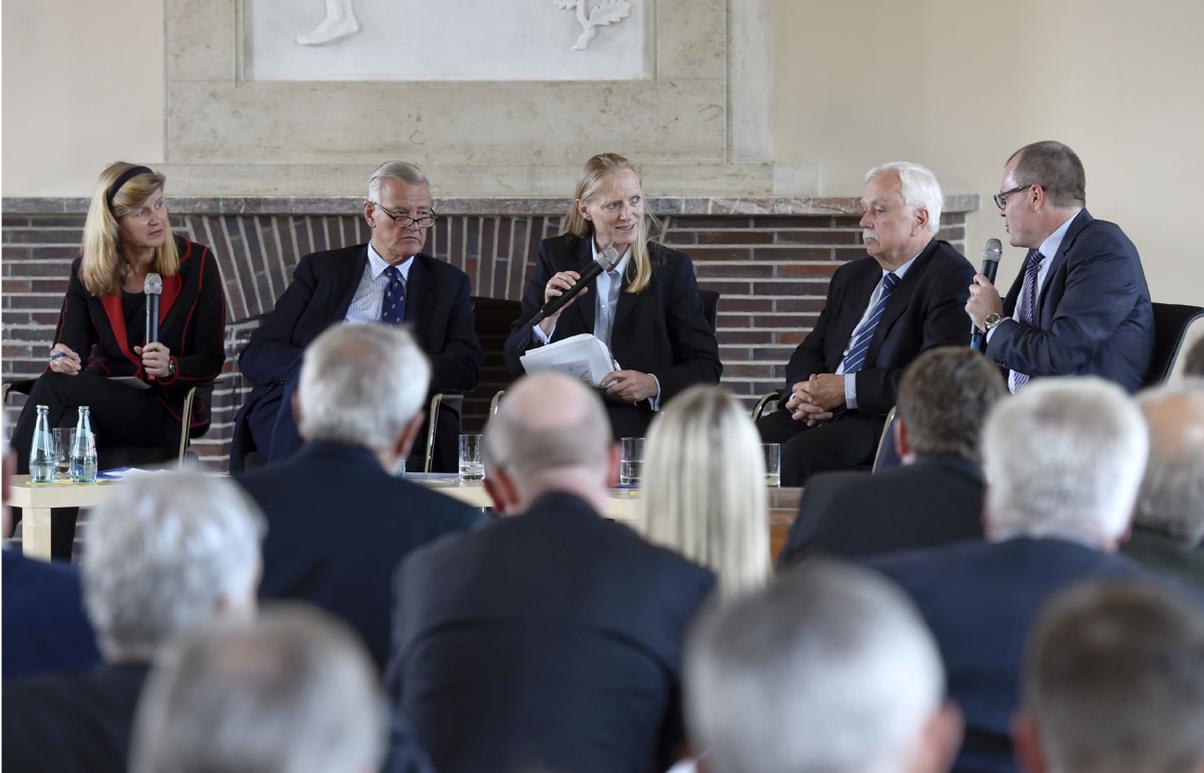
**R. Roghmann:** Die Energiewende ist eine deutsch-deutsche Herausforderung und muss als solche auch gemeistert werden. Sie ist also kein mitteldeutsches Problem per se und das bedeutet, dass man das Ganze nicht Bundesland für Bundesland, sondern wirklich von Berlin aus strategisch richtig angehen muss. Das Problem, das wir im Augenblick haben, ist, dass energetisch beste Lösungen nicht mehr wirtschaftlich die besten Lösungen sind. Das gibt Ihnen eigentlich schon eine Indikation dafür, dass das ganze System sich noch nicht optimal darstellt. Die größte Herausforderung ist, glaube ich, die mangelnde Planungssicherheit. Wir diskutieren heute schon wieder über Veränderungen im Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien, die dann ab 2017 und danach zum Tragen

kommen. Die Investitionen in der Chemieindustrie sind nun mal Investitionen, die sich üblicherweise als Minimum über zehn Jahre amortisieren müssen. Das bedeutet, Sie haben keine Planungssicherheit, die es rechtfertigt, gerade auch in der Chemie größere Beträge zu investieren. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Chemie in vielen Bereichen eben auch Alternativen hat. Sie ist nicht per se immer darauf angewiesen, hier in Deutschland zu investieren. Sondern es gibt im europäischen Ausland durchaus auch alternative Möglichkeiten, wo die Planungssicherheit gewährleistet ist. Das muss man sich in dem Zusammenhang vor Augen halten. Die Energiekosten sind nicht per se alle ein riesiger Wettbewerbsnachteil. Das ist eine Frage, wie die Unternehmen sich positioniert haben. Das ist eine Frage der Kombination zwischen den auf Tagesbezug bezogenen Energiemengen zu dem, was über langfristige Verträge abgesichert wurde. Und die Politik sagt immer: „Warum kauft Ihr den Strom nicht an der Börse? Der ist preiswert und wettbewerbsfähig.“ Aber da fehlt dann eben der Aspekt der Planungssicherheit, der mit einem langfristigen Vertrag einhergeht. Der Mix macht den Unterschied. So wie sich die Unternehmen hier aufgestellt haben, ist auch die kostenseitige Wettbewerbsfähigkeit sichergestellt. Aber das Hauptproblem ist wirklich die Tatsache, dass wir mit jeder gesetzlichen Veränderung eigentlich immer wieder neu darüber diskutieren, dass gewisse Rahmenbedingungen auf einmal neu vereinbart werden müssen und für die Zukunft nicht mehr abgesichert sind.

**D. Siems: Herr Ludewig, ich würde Sie da gern in die Diskussion einbeziehen. Sie waren mal im Bundeswirtschaftsministerium tätig. Wie wichtig sind solche Strukturentscheidungen? Wie ist die Politik gefordert, damit das nicht zu einer dauerhaften Wachstumsbremse wird, sondern im Gegenteil vielleicht auch in Richtung Zukunftsgestaltung wirkt? Mit der Energiewende ist die Hoffnung verbunden, dass man sagt: „Wir sind dann im Bereich erneuerbare Energien, der irgendwann auch weltweit ganz wichtig ist, ganz weit vorn.“ Kann man das überhaupt auf die Art und Weise erzwingen, wie das derzeit in Deutschland probiert wird?**

**J. Ludewig:** Ja, wir probieren das, aber zu volkswirtschaftlich unnötig hohen Kosten. Jeder Ökonom würde sagen: Das Steuerungsinstrument sind die CO<sub>2</sub>-Zertifikate. Man verknappt über die Zertifikate berechenbar langfristig die Möglichkeit, CO<sub>2</sub> zu emittieren, und damit steuert man den ganzen Prozess. In der Bundesrepublik haben wir nicht gesagt, dass wir das jetzt insgesamt steuern, sondern der Staat hat sich in zahlreiche Einzelentscheidungen selbst eingebracht. Wir fördern hier, wir fördern da, wir regeln dies und jenes. Und da besteht natürlich das Risiko, dass der Staat Fehler macht. Bei einer Umlage in einer Größenordnung von gut 20 Milliarden Euro kann man zurecht die Frage stellen, ob das wirklich sinnvoll ist? Meine persönliche Antwort ist: Nein, weil es vor allen Dingen der Notwendigkeit eines europäischen Konzepts gegenübersteht. Wir leben in einer Wirtschaftsgemeinschaft. Die Europäische Union müsste nach meiner Meinung viel stärker darauf dringen, dass wir auch gemeinsame Rahmenbedingungen für Energie brauchen, und die haben wir bis heute nicht. Heute macht jeder, was er will. Der eine setzt auf Atomstrom, wir auf erneuerbare Energien, und andere wieder auf andere Energieträger. Das ist ein Durcheinander, aber mit Sicherheit sind dies keine verlässlichen, berechenbaren Rahmenbedingungen für eine längerfristige Entwicklung. Deutschland beschreitet im Moment, sage ich, mit Sicherheit den teuersten Weg, der in Europa gegangen wird. Das hat etwas mit Wachstum zu tun. Es werden ja Industrien verdrängt, für die die Energiekosten kritisch sind. Dort wird man sich überlegen, weil das ja alles nicht so verlässlich ist, wie die *wirtschaftlichen* Entwicklungsmöglichkeiten aussehen. Ich habe meinen Berufsweg im Bundeswirtschaftsministerium begonnen und sechs Jahre in der Energieabteilung gearbeitet. Damals waren es andere Themen, vor allem die beiden Ölkrisen. Ich habe damals gelernt, dass es sich bei der Energiepolitik um langfristig wirkende Entscheidungen handelt, wie es Herr Roghmann gesagt hat. Da braucht man Verlässlichkeit, Berechenbarkeit, und wir haben genau das nicht. Hohe Kosten plus *nicht* vorhandene Berechenbarkeit – das ist keine gute Mischung.

**D. Siems:** Wie schafft man es denn, in so einem Zukunftsbereich, wie es die Energie ist, tatsächlich Dynamik hinzukrie-



**gen, Herr Zeuner? Gelingt es, dass neue Ideen in diesem Bereich dadurch angeschoben werden oder vielleicht provoziert werden können, dass man sagt: „Da ist jetzt Geld zu verdienen. Die erneuerbaren Energien sind Zukunft?“ Oder gelingt das gerade nicht? Wäre das vielleicht ein Gebiet, in dem sich auch Ostdeutschland hervortun könnte?**

**J. Zeuner:** Das ist es sicherlich. Ich gehe noch mal einen Schritt zurück. Ich plädiere bei der Energiewende, die eine ganz komplexe Angelegenheit ist, sehr dafür, sie europäisch abzustimmen. Ich glaube, dass man einiges an Kosten sparen könnte, wenn man das europäisch machen würde. Für die deutsche Energiewende muss man so fair sein, zu sagen, dass wir zusätzlich zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emission auch den Atomausstieg in einem sehr kurzen Zeitraum beschlossen haben.

**D. Siems: Das macht es ja nicht einfacher.**

**J. Zeuner:** Eben. Wir haben die Notwendigkeit, in der Energiewende nicht nur – über eine effizientere Energieproduktion – CO<sub>2</sub> abzubauen, sondern wir benötigen die Erneuerbaren als Energiequelle. Diese sind ohne Förderung immer noch nicht wirtschaftlich.

Diese Förderung kann man gut oder schlecht gestalten. Es gab dabei sehr oft Änderungen. Wichtig für Investitionen in die Energieinfrastruktur sind Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen. Es sind in Deutschland am Ende die Großunternehmen, die netto ihren Kapitalstock abbauen. Der Mittelstand ist derjenige, der hier am Standort Deutschland noch den Kapitalstock – netto – aufbaut. Unter dem Strich ist es insgesamt positiv, aber nur aufgrund des Mittelstands. Da sehen Sie den Punkt, und für die großen Unternehmen ist das sogar ein ganz großes Thema. Die Energiekosten, glaube ich, sind es nicht. Wir haben Ölpreisschwankungen in den 1970er Jahren gehabt. Wir haben einen Anstieg der Rohstoffpreise bis 2008 gehabt, den sich niemand hat vorstellen können, auch bei den Metallen. Trotzdem waren das die Wachstumsjahre. Eine Volkswirtschaft und gerade auch die Unternehmer kennen diese Unsicherheit bei den Rohstoffpreisen und können damit umgehen. Wenn aber für 20 Jahre ein eigenes Kraftwerk hingestellt wird, das sich amortisieren muss, ist das eine andere Entscheidung. Das ist ein anderes Themenfeld. Die Innovation ist aber da. Wir haben es in der Solarenergie vorgemacht, auch wenn die Massenproduktion jetzt nicht mehr in Deutschland stattfindet. Aber der Grundgedanke, dass hier Innovationen geschaffen werden, gilt genauso für die Energiewende und die Energietechnologien.

**D. Siems:** Frau Wolff, Innovationen sind, wenn man an die Zukunft denkt, das Entscheidende. Neben dem Bewahren ist eben auch das Nach-vorne-Bringen dessen, was wir an Strukturen haben, wichtig. Es ist völlig klar, dass es künftig auch in andere Richtungen gehen wird. Digitalisierung ist ein weiteres Stichwort. Wie ist Ostdeutschland da aufgestellt? Kann man vielleicht von staatlicher Seite durch gezielte Förderung noch was besser machen, vielleicht auch durch Förderung von Hochschulen und Forschungsinstituten? Oder ist es eine Frage, die sich vor allen Dingen an Unternehmen richtet? Was ist da vielleicht an neuer Weichenstellung nötig?

**B. Wolff:** Man muss vor allem an zwei Dinge denken. Erstens, Innovation ist nicht nur etwas für Techniker. Viele von uns haben einen viel zu engen Innovationsbegriff und denken: Innovation ist, wenn

einer ein Patent anmeldet. Um eine Innovation handelt es sich aber erst, wenn aus einem Patent etwas gemacht wird, das auch im Markt ankommt und wirklich Wertschöpfung schafft. Patente könnten auch gebunkert oder weiterverkauft werden, und dann gab es immer noch keine Wertschöpfung. Technologische Entwicklung ist also nicht per se Innovation, sondern Innovation entsteht auch, wenn zum Beispiel eben dieser Designertisch gebaut wird und mit einem genialen Marketingkonzept Käufer gefunden werden, die 2 000 Euro dafür bezahlen. So funktioniert moderne Marktwirtschaft. Die Leute bezahlen für das, was ihnen gefällt. Es muss irgendetwas ausgedacht und wirklich bis zum Markt gebracht werden, wofür Leute bereit sind zu bezahlen. Alles, was das schafft, ist tendenziell innovationsverdächtig. Zweitens ist es ein Irrtum zu glauben, man könne Innovationen bestellen. Innovationen sind per se eigentlich immer Überraschungen. Dafür können aber Rahmenbedingungen geschaffen werden.

#### **D. Siems: Wie müssen die aussehen?**

**B. Wolff:** Wenn man sich ansieht, wo im Moment ein innovatives Klima herrscht, ist das in einer Stadt wie Berlin der Fall. Da ist eine Atmosphäre mit einer gewissen Verspieltheit, Spleenigkeit. Da treiben sich kreative Leute herum. Die fühlen sich wohl, und es ist dort eine gute Stimmung. Das heißt eben nicht, ein Förderprogramm zu machen und Firmen zu sagen: „Ihr müsst jetzt diese oder jene Technologie entwickeln.“ Damit sind wir wahrscheinlich auf dem Holzweg. Denn das ist letztlich Anmaßung von Wissen. Sondern diese Kreativität, diese Verspieltheit muss zugelassen werden. Es bedarf guter Stimmung und dann auch des Zugangs zu Investoren, die bereit sind, auch mal was in den Sand zu setzen. Man braucht Zugang zu Investoren, die diesen jungen Leuten vertrauen, sich beteiligen und auch für sie organisieren. Staatliche Hilfe kann dann unterstützen. Wenn wir jedoch zu stark lenken, sind wir ganz leicht in diesem Paradoxon: Wir bestellen Innovationen. Genau das geht aber nicht.

#### **D. Siems: Schade eigentlich, aber durchaus einsehbar. Herr Odewald, Sie wollten dazu etwas sagen?**

**J. Odewald:** Frau Wolff, ich würde nicht gleich aufgeben. Sie haben Berlin zu Recht erwähnt. Berlin ist nicht weit von hier. Von Berlin aus sind Sie ganz schnell an wirtschaftlichen Standorten der Neuen Länder. Ich meine, darüber muss man nachdenken. Dieses ganze innovative Geschäft wird einem nicht geschenkt. Man sieht im Ausland, vor allem in Amerika, dass es geht, wenn man kreativ genug ist, wenn man bereit ist, auch mal eine Niederlage hinzunehmen, wenn man auch mal bereit ist, etwas falsch entwickelt zu haben. Ich habe überlegt, ob es einen Weg geben könnte, dieses Venture Capital von Berlin nach Thüringen, nach Sachsen oder nach Mecklenburg zu bringen. Ich glaube, das wird so schnell nicht gehen. Berlin ist im Moment dabei, die Nummer Eins in Europa zu werden und London, die bisherige Nummer Eins als Venture-Capital-Standort, zu übertrumpfen. Das sollte man fördern und beobachten, wie das läuft. Das wird weitergehen, das können wir nicht stoppen. Das ist auch nicht nötig, im Gegenteil. Aber wir müssen den zweiten Schritt machen und fragen, wie wir aus den Neuen Ländern den Kontakt zu dieser, wie Sie sagen, etwas verspielten Atmosphäre kriegen? Aber man muss natürlich wissen, dass die Jungs da nicht verspielt sind. Die haben von Anfang an gelernt, dass es ein Wort gibt, das besonders wichtig ist. Das ist „gewinnen“. Das heißt, sie kommen aus einer Unternehmenskultur, wo das Unternehmertum ad ultimum exerziert wird, und sie sind ernstzunehmen. Es gibt Leute, die zwei, drei Jahre am Ball sind, aber ein Unternehmen haben, das mit ein paar hundert Millionen oder Milliarden bewertet wird. Von zwei großen Namen hört man ja immer auch die Werte, die da kommen. Da mag manches noch Schaumschlägerei sein. Da gibt es Irrwege, da muss man differenzieren. Dafür ist die Intelligenz der Menschen unterschiedlich. Aber das alles ist zu schaffen und das muss man angehen. Eine kleine Bemerkung, Frau Siems, würde ich gerne noch über die Energiewende machen. Es ist alles richtig, was gesagt worden ist, und die großen Aspekte sind besonders wichtig. Aber was ich, der im Westen unseres Landes wohnt, ein bisschen merkwürdig finde, dass die ganze Nutzung der Energien, wenn Sie das deutschlandweit betrachten, im Norden mit der Windenergie und im Süden in Bayern mit der Solarenergie liegt. Wie stark nutzt es der Osten? Der für mich ganz kritische Punkt besteht darin, dass der Osten viele Standorte zur Verfügung gestellt

hat. Aber die Investoren sitzen nicht hier, wenn ich das richtig sehe. Der ganze Geldstrom wird bei Leuten landen, die nicht hier leben und vielleicht auch nicht hier re-investieren. Das sind so Finanzgeschäfte, Transaktionen, die es bis zur Wende nicht gegeben hat. Dieser ganze Bereich hat einmal Arbeitsplätze geschaffen in den letzten Jahrzehnten, ist aber weiter entwicklungsfähig. Man muss sehen, dass man mit diesen Produkten in Berlin oder in Leipzig oder andernorts im Osten auch wirtschaftet und damit Geld verdient.

**D. Siems: Ich würde ganz gern an Herrn Zeuner die Frage nach Gründerkultur und Gründerklima geben. Tut sich jetzt etwas in Berlin, weil das die größte Stadt Deutschlands ist und auch**



**noch vergleichsweise billig und recht international? Oder tut sich dort vielleicht auch gerade etwas, weil es in Ostdeutschland gelegen ist, wo nicht alles so eingefahren wie andernorts ist?**

**J. Zeuner:** Ich würde gern noch einmal zwei Schritte zurückgehen. Die Erkenntnis ist wichtig, dass die Innovationstätigkeit ganz stark im Unternehmenssektor stattfindet und nicht allein auf Forschung und Entwicklung zu reduzieren ist. Jetzt muss ich eine Lanze für die Förderprogramme brechen, die sowohl auf EU- als auch auf

deutscher Ebene existent sind. Diese sind alle technologieoffen. Es wird nicht vorher entschieden, ob ein roter Luftballon oder ein grünes Gummiauto oder Ähnliches entwickelt werden soll – nein. Das ist alles technologieoffen. Das ist wichtig, um Innovationen in der Breite zu fördern und kann Branchenstruktur und die Produktivität verändern. Jetzt aber zu Ihrer Frage: Zentren mit intensivem Gründungsgeschehen existieren dort, wo es Dynamik, Flexibilität und Veränderungsprozesse gibt, wo Einkommen und Nachfrage vorhanden sind und wo wir Institutionen haben, die die Gründer unterstützen können. Förderlich ist es, wenn dort Banken existieren, die nicht nur zwei Gründer, sondern 20 oder 40 Gründer betreuen und entsprechende Erfahrungen haben und dem Gründungsprojekt weiterhelfen können. Das sind dann selbstverstärkende Prozesse, die sich jetzt ganz speziell in Berlin abspielen, aber insgesamt auf Ballungszentren, als den Gründerzentren, zutreffen. Dort existieren die Nachfrage, der Wille, etwas Neues auszuprobieren, und auch ein Markt für etwas Neues. Dies ist im ländlichen Raum weniger der Fall. Insofern sollte eine regionale Wirtschaftsförderung nicht so aussehen, dass sie eine Entwicklung der Städte, der Ballungsräume verhindert. In letzteren findet das Gründungsgeschehen statt.

**D. Siems: Gibt es denn in den anderen Ländern Ostdeutschlands auch ein interessantes Gründergeschehen, etwa in den Städten Leipzig, Dresden oder beispielsweise auch hier in Halle und Magdeburg?**

**J. Zeuner:** Prinzipiell ragen die Städte, vor allem die Stadtstaaten, beim Gründungsgeschehen heraus. Danach wird es schnell weniger.

**D. Siems (an das Publikum gewandt): Sie können durchaus auch Fragen stellen, wenn Sie die haben.**

**B. Wolff:** Zum Thema Technologieoffenheit möchte ich anmerken, dass die EU von den Regionen so genannte regionale Innovationskonzepte verlangt. Das wirkt schon technologieeinschränkend. Da werden nämlich Branchen benannt, die gefördert werden. Wenn

aber jemand beispielsweise ein Konzept für ein neues Getränk hat, kann das doch auch kreativ sein. Ich weiß jetzt nicht, ob man so etwas unbedingt fördern muss. Aber da würden viele Dinge herausfallen. Völlige Technologieoffenheit würde bedeuten, jede kreative Idee, auch ein Vertriebskonzept oder ein Personalführungskonzept, zu unterstützen. Es wird aber nicht jede Innovation gefördert. Da ist ein Bias drin. Die Förderung muss von Behörden überprüf-, überwach- und beurteilbar sein. Darin liegt eine systematische Grenze für Innovationsförderung.

**D. Siems: Herr Dufeil, ich würde diese Frage gern an Sie geben.**

**M.-E. Dufeil:** Wir stehen vor dem Spagat, ob man völlig offen sein soll. Dann setzt man aber keine Prioritäten. Das Thema Innovationsstrategien wollte ich gerade ansprechen. Ich glaube, dass wir dadurch als wohlwollender Partner doch den ostdeutschen Bundesländern etwas Gutes tun, indem wir nicht so sehr auf bestimmte Prioritäten hinweisen, sondern auf die Partnerschaft zwischen der Wirtschaft, den Forschungs- und -Entwicklungs-Einrichtungen sowie der Politik und Verwaltung. Nur durch diese Partnerschaft kann man vernünftig den Weg nach vorn finden. Vielleicht gibt es dadurch Einschränkungen, aber wichtiger ist, dass dieser Weg gemanagt wird und im Lauf der Zeit anpassungsfähig ist. Insofern sehe ich diese Einschränkung, die Sie erwähnt haben, als nicht so gravierend an.

**R. Roghmann:** Vielleicht nochmal zum Thema Innovation: Deutlich geworden ist die Tatsache, dass Innovation Vielfalt erfordert. Heutzutage sagt man dazu – neudeutsch – Diversity. Es geht um

*Man muss sich mit der Frage auseinandersetzen, wie ein gefördertes Vorhaben in ein nachhaltig sich selbst tragendes System überführt wird?*

R. Roghmann

Kulturen, auch um Nationalitäten, die hier mit reinspielen. Das ist ein Aspekt, der wichtig ist. Und etwas, das Herr Ludewig sagte,

ist, genauso wichtig, dass man gezielt auf eine temporär befristete Förderung abzielen sollte. Dadurch erzeugt man auch einen positiven Stress. Man muss sich mit der Frage auseinandersetzen, wie ein gefördertes Vorhaben in ein nachhaltig sich selbst tragendes System überführt wird? Das funktioniert nicht, wenn ein Kohlepfennig oder ein vergleichbares Förderinstrument zur Anwendung kommt, der jedweden Anreiz wegnimmt, auf eigenen Beinen zu stehen. Das ist immer eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Förderung, egal, ob sie themenbezogen oder komplett themenoffen strukturiert ist.

**D. Siems:** Dann ist natürlich die Frage, ob es immer staatliche Förderungen geben muss. Im Silicon Valley ist meines Erachtens gar nicht so viel staatliche Förderung im Gange, sondern viele Unternehmen, oder Investoren, die sich beteiligen und Risiken eingehen. Es werden eben auch einige Fehlschläge hingenommen, um dann auch einen ganz großen Star zu kreieren. Das ist ja die Idee dahinter. Ist das in Deutschland nicht der Weg? Sind wir einfach anders?

**J. Ludewig:** Also ich glaube, das ist schon komplizierter. Ich habe 1971/1972 dort studiert, als von Silicon Valley hier noch keiner so richtig redete. Das können Sie nicht imitieren. Das ist eine Kultur. Da ist etwas über 100 Jahre gewachsen. Das können Sie nicht einfach auf Knopfdruck übertragen, mit drei Rahmenbedingungen. Die Leute gehen aus der Hochschule heraus und werden Unternehmer. Wenn sie einen Misserfolg haben, machen sie etwas anderes oder kommen zurück. Es gibt Finanzierungseinrichtungen, die eben nicht nur drei Förderfälle, sondern im Lauf der Zeit hunderte solcher Fälle haben. Da besteht ein ganz anderes Verhältnis. Da ist eine Innovationskultur entstanden, die nicht ohne Weiteres imitiert werden kann. Da können noch so viele Vorstandsmitglieder hinfahren und mal drei Monate dort verbringen. Das ist sehr schwer.

Wissen Sie, Wirtschaftspolitik erliegt zu oft der Versuchung, der Staat könne Dinge durch Programme steuern. Man kann aber im Ergebnis sehr wenig durch direkte staatliche Eingriffe bewirken. Die Kunst besteht darin, Rahmenbedingungen im Sinne von Spiel-



regeln zu setzen, und nicht der Versuchung zu erliegen, staatlich zu steuern, in der Erwartung, dass morgen bereits irgendetwas staatlich Gewolltes dabei herauskäme. Eric Schmidt von Google hat bei einem Besuch in Berlin in der vergangenen Woche Innovationen als entscheidenden Erfolgsfaktor bezeichnet und betont, dass diese vor allem durch Bildung befördert werden. Und dann hat er angemerkt, dass Deutschland gute Universitäten hätte, aber den Verlautbarungen nach wären sie alle im Wesentlichen strukturell unterfinanziert. Das ist aus meiner persönlichen Sicht der entscheidende Punkt. Wirtschaftspolitik kann viel weniger, als viele Leute glauben. Es kommt auf diese Rahmenbedingungen, diese Spielregeln an. Wir müssen eine Kultur entwickeln anstelle eines Programms. Bei der Energiewende wurden jahrelang Programme implementiert. Die Förderbeträge wurden für jede einzelne Art von erneuerbarer Energie ausdifferenziert. Wo findet da noch der Markt statt? Da müssen wir umdenken. Wir müssen uns klar werden, dass Innovation aus Bildung kommt – Bildung im umfassenden Sinn des Wortes. Im Silicon Valley ist über 50, 60 Jahre etwas entstanden. Vielleicht haben wir längerfristig mit Berlin eine Chance. Das werden wir sehen. Es gibt preiswerten Wohnraum, und junge Leute wollen aus vielfältigen Gründen dahin. Auch bei Vorträgen an Universitäten in Israel habe ich gemerkt, dass Berlin eine besondere Anziehungskraft hat. Hier liegen Chancen vor der Haustür, die es zu nutzen gilt.

**D. Siems: Gerade die Israelis sind ganz begeistert von Berlin.**

**J. Ludewig:** Wir müssen uns fragen, ob das Geld, das wir ausgeben, gezielt und richtig verwendet wird. Ist es wirklich wirksam? Und meine Antwort darauf ist: Nein. Wir glauben zu stark an die Steuerungsfähigkeit mit Detailmaßnahmen und vertrauen zu wenig auf die allgemeinen Rahmenbedingungen. Wenn Sie sehen, was Deutschland für Bildung tut, für die Forschung an Universitäten, das ist blamabel. Damit sind wir ursprünglich nach vorn gekommen. Wenn das so weitergeht, glaube ich, werden wir Mühe haben, unseren Rang zu halten. Und wenn Erik Schmidt aus Amerika uns das erklären muss, spricht das schon Bände.

**D. Siems:** Sie sprechen mir aus der Seele. Dies ist, glaube ich, eine Steilvorlage für Frau Wolff. Wie sehen Sie die Unterfinanzierung der Universitäten? Geben wir vielleicht auch zu wenig gerade in diese Bereiche? Stichwort Eliteförderung, dass man sagt, man braucht besonders die Guten, die man auch stark fördert. Man muss aber vielleicht auch andere Finanzierungsquellen haben, man muss sehen, dass da wirklich mehr passiert. Ist es auch der Staat, der da zu wenig investiert?

**B. Wolff:** Eigentlich war es keine Steilvorlage. Der Ball ist schon im Tor. Aber ich kann es noch ein bisschen präzisieren. Ich glaube, wir brauchen in Deutschland sowohl eine gute Breitenausbildung als auch Spitzenförderung. Ich erlebe gerade, wie das in Frankfurt am Main geht. Es gibt dort 46 500 Studierende, 600 Professoren, 16 Fachbereiche. Es handelt sich um eine sehr große Universität, mit erheblich mehr Studierenden, als es hier ausfinanzierte Studienplätze im gesamten Land Sachsen-Anhalt gibt. Natürlich haben wir dort nicht nur elitäre Bildung und Forschung. Wir wollen eine Bürgeruniversität sein, suchen die Nähe zur Bevölkerung, wollen neue Zielgruppen erschließen und Kinder aus so genannten bildungsfernen Familien scharf auf Bildung machen. Wir wollen nicht in Konkurrenz zur dualen Ausbildung stehen. Sondern wir wollen zeigen, wie gesellschaftlich und in individuellen Lebensläufen duale Ausbildungen und akademische Bildungsphasen sich auch ergänzen können. Trotzdem sind in Frankfurt auch Exzellenzcluster entstanden, und richtige Spitzenforschungen mit Leibniz-Preisträgern und ERC Grant Holders. Die Wissenschaftler unter uns wis-

sen, was das bedeutet. Ich glaube, da kann Sachsen-Anhalt auch hinkommen. Wir waren auch auf einem ganz guten Weg. Die Stimmung in der Hochschulszene und auch bei den außeruniversitären Einrichtungen – potenziellen Innovationskräften – habe ich vor vier, fünf Jahren als gut und wirklich auch dynamisch empfunden. Und dann ist ein bisschen etwas eingetreten, das vielleicht nur psychologisch zu erklären ist. Wirtschaftspolitik ist wie viele andere Bereiche des Lebens zu 50% Psychologie. Deswegen habe ich so betont, dass in Berlin einfach gute Stimmung ist. Die Leute vertrauen auf die Zukunft, und es gibt auch Zuversicht, dass nicht immer mitten im Spiel die Spielregeln geändert werden.

#### **D. Siems: Sind die Hochschulen unterfinanziert?**

**B. Wolff:** Ich will jetzt nicht in dieses Dauergejammer einstimmen. Natürlich kann man mit mehr Geld mehr machen. Aber man muss es dann auch richtig einsetzen. Mehr oder weniger ist also nicht die einzige Frage. Sondern man muss sich auch überlegen, wie man die Hochschulen in vernünftiger Eigenverantwortung ihre Schwerpunkte finden und setzen lässt, dann aber auch Erfolg wirklich abfordert. Ich glaube, das geht. Darf ich noch einen Satz

*Ich glaube, wir brauchen in Deutschland sowohl eine gute Breitenausbildung als auch Spitzenförderung.*

B. Wolff

sagen? Die Universität Frankfurt ist eine Stiftungsuniversität. Normalerweise regiert die Kultusbürokratie sozusagen hinein in das, was in den Hochschulen passiert. In einer privaten Hochschule wie in Stanford ist das hinsichtlich der Abläufe und Entscheidungen anders. Jetzt haben wir das Modell Stiftungsuniversitäten, in dem Hochschulen vielleicht ähnlich flexibel agieren könnten. Das Modell der Stiftungsuniversitäten kann uns, denke ich, weiterhelfen, dieser Umklammerung der Kultusbürokratien etwas entgegenzusetzen. Warum gibt es in Sachsen-Anhalt keine Stiftungsuniversität? Frankfurt hat gezeigt, dass dieses Modell sehr erfolgreich ist. Jetzt müssen wir gute Ideen haben in Sachsen-Anhalt. Nur mit neuen, guten Ideen können wir etwas in Bewegung bringen und

kommen raus aus der Wachstumslücke. Das ist ein Wettbewerb von Ideen. Da könnte ich mir ehrlich gesagt ein bisschen mehr Bewegung durchaus vorstellen.

#### **D. Siems: Herr Pohl.**

**R. Pohl:** Dem kann man ja nur zustimmen. Also mehr Ideen müsste man haben. Wer ist denn „man“?, frage ich mich immer. Mein Blick auf Innovation ist aus der Sicht der Unternehmen. Ich kenne viele sachsen-anhaltinische Unternehmen und stelle fest: Wenn diese nicht forschen, wenn sie ihre Produkte nicht weiterentwickeln, nicht in neue Märkte gehen, gehen sie einfach unter. Die Erfahrung, dass so viele nicht untergegangen sind, zeigt mir, dass in diesen Unternehmen doch eine wirkliche Kreativität vorhanden ist. Sie hat bei ihnen zum Erfolg geführt und das Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland und auch in unserem Land Sachsen-Anhalt ermöglicht. So, und nun frage ich mich: Jetzt kommt der Staat und sagt: „Das reicht nicht, was ihr macht“. Na, was will der Staat? Neue Unternehmen gründen? Weiß er überhaupt, was für die Unternehmen, die dort tätig sind, die Grenzen sind, warum sie nicht mehr machen? Ich will ein lokales Beispiel geben. Wir haben hier in Halle den Weinberg Campus. Das ist ein sehr kreativer Wissenschaftspool, wo sich Wissenschaft mit Wirtschaft trifft. Das ist eine tolle Sache. Warum wird nicht darüber gesprochen? Na, weil es überregional nicht bekannt ist. Wir reden immer nur über die überregional bekannten Unternehmen, die wir dann toll finden. Und wenn sie im Internet sind, auch noch. Für mich liegt die Sache eigentlich gar nicht so in Förderprogrammen, da bin ich wirklich ganz bei Ihnen. Dass wir sozusagen der Hochleistungsautomobilindustrie Milliarden dafür zahlen, dass ein Elektroauto entwickelt wird, ist, meine ich, eine absurde Geschichte. Diese Denke muss einfach weg. Die Präsidentin der IHK Halle-Dessau müsste doch eigentlich empört aufschreien, wenn gesagt wird, dass keine Innovation gemacht wird. Natürlich findet Innovation statt. Schreien Sie doch mal, Frau Schaar. Der Punkt ist, dass wir einen Mangel an Masse haben. Und ein Mangel an Masse in einem dünn besiedelten Raum ist natürlich ein Problem. Es wird dann eine natürliche Konzentration an einigen Standorten geben. Wenn wir jetzt von Berlin re-

den, fällt uns dann vielleicht noch München ein. Dann gibt es noch zwei, drei andere Standorte, und dann hat es sich doch. Das ist im Grunde genommen der Punkt. Man muss sich die Frage stellen: Wie kann man die Masse erzeugen? Und „man“ ist dann eigentlich die Wirtschaft selbst. Ich glaube nicht, dass Sie die Wirtschaft zur Forschung treiben oder tragen können. Das wird nicht gehen. Das, was in der Wirtschaft gemacht wird, geschieht des Überlebens willen, und das werden wir auch sehen. Jetzt noch zum letzten Punkt, der Bildung. Als emeritierter Professor ist man natürlich immer für Bildungsausgaben. Da muss man aber auch mal über Effizienzprüfungen von Forschung reden. Dann wird es für einen Professor schon wieder mulmig. Dann wird evaluiert. Das mag man vielleicht nicht so gern. Ich verstehe manchmal die Diskussion hier im Lande nicht. Letzte Woche war ich hier in der Oper und habe festgestellt, dass die Hälfte der Sänger aus dem Ausland kam. Warum sollen im Wissenschaftsbereich, im Forschungsbereich nicht auch die Leute von außen rangezogen werden? Und das tun wir doch auch mit großem Erfolg. Der Markt für gute Leute ist ein internationaler Markt. Es müssen natürlich attraktive Wohnbedingungen hier geschaffen werden, und Rahmenbedingungen im kulturellen Bereich. Wenn das alles stimmt, kriegen wir die Leute. Also ich würde mal sagen, unter dem Strich: „Vertrauen wir auf die Unternehmen.“

**D. Siems: Herr Roghmann, Sie wollten noch ein Statement abgeben zu dem Gesagten.**

**R. Roghmann:** Die Innovation, die sich in Unternehmen abspielt, ist real, und die muss man auch von außen nicht stimulieren. Sie wird durch den Zwang zur Wettbewerbsfähigkeit getrieben. Das ist ganz klar. Da wird dann allerdings letzten Endes die Innovation nicht in Patenten dokumentiert, sondern am Ende des Tages treibt einen immer der technologische Vorsprung an, den man international gegenüber seinem Wettbewerber hat. Am Ende des Tages geht es darum, Ideen mit einer Wertschöpfung zu kombinieren, also salopp gesagt, die PS auf die Straße zu bringen. Wenn man das fördern will, muss man eine Gründerkultur schaffen. Von erfolgreichen Firmen lernt man, dass die wenigsten dieser Firmen auf den ersten Schlag hin schon erfolgreich waren. Viele sind durch

entsprechende Zyklen zwei, drei Mal Konkurs gegangen. Und dann haben sich die Unternehmer geschüttelt, sind wieder aufgestanden und haben im Prinzip das nächste Projekt angegangen. Wir

*Am Ende des Tages geht es darum, Ideen mit einer Wertschöpfung zu kombinieren, also salopp gesagt, die PS auf die Straße zu bringen. Wenn man das fördern will, muss man eine Gründerkultur schaffen.*

R. Roghmann

müssen Rahmenbedingungen schaffen, die das unterstützen, die nicht dazu führen, dass man nach der ersten Niederlage sagt: „Da lasse ich in Zukunft die Finger von.“ Ich glaube, wenn man diesen Rahmen steckt, wird man in Zukunft deutlich mehr an Innovationen sehen, als es heute schon der Fall ist.

#### **D. Siems: Das Scheitern zulassen. Frau Wolff, Sie wollten etwas sagen?**

**B. Wolff:** Ich würde auch gar nicht nur nach Berlin blicken, um Regionen zu finden, von denen wir etwas lernen können. Überall in Europa, auch in anderen Gegenden Deutschlands, gibt es wirtschaftlich sehr erfolgreiche Regionen, auch im bevölkerungsstarken Nordrhein-Westfalen mit seinem strukturschwachen Ruhrgebiet. Bevölkerungsbällung ist nicht alles. Zum Beispiel befinden sich in Ostwestfalen-Lippe die Sitze von Miele und Bertelsmann. Das südliche Münsterland oder Baden-Württemberg, ganze Regionen, die keine Ballungsräume sind, verfügen über einen smarten Mittelstand, gewachsene Familienunternehmen, die stillschweigend ohne großes Brimbamborium solide wirtschaften, innovieren, und erfolgreich am Markt sind. Ich glaube, das ist eher das *role model* für weite Teile Sachsen-Anhalts. Das meine ich mit organischem Wachstum. Thema zwei ist die Internationalisierung, die extrem wichtig ist. Ich sehe jetzt sehr viel, was in Hessen passiert. An der Goethe-Universität sind von den Rekrutierungen der Professoren der letzten drei Jahre fast 40% aus dem Ausland. Das haben wir in Sachsen-Anhalt noch lange nicht erreicht. Und in Dresden befürch-

tet der dortige Kollege Müller-Steinhagen gerade Imageprobleme wegen der Pegida-Bewegung, wenn es darum geht, internationale Wissenschaftler für Dresden zu gewinnen. Und so etwas können eben dann auch Standortnachteile sein.

**D. Siems: *öffnet die Diskussion für Fragen aus dem Publikum.***

**Fragesteller aus dem Publikum:** Ich bin Hallenser. Es war gewissermaßen eine Nabelschau, wie es den Ostdeutschen gegangen ist. Es kam nur ganz wenig heraus, was mit den Transformationsländern Mittelosteuropas geworden ist. Wie schätzen Sie das ein? Wie wird sich das in den genannten Ländern weiterentwickeln? Und müssen wir uns da nicht mehr engagieren, dort Hilfestellung zu leisten, nicht in belehrender Art und Weise, sondern in einer intelligenten Art und Weise?

**D. Siems: An wen war die Frage gerichtet? Oder sollen wir auswählen, wer dazu vielleicht etwas sagen kann?**

**Fragesteller aus dem Publikum:** Ja, vielleicht wären es der Vertreter der Europäischen Kommission und vielleicht auch Frau Professorin Wolff.

**M.-E. Dufeil:** Erste Bemerkung: Die erste EU-Erweiterung war 2004, die zweite dann 2007. Das sind alles relativ junge Prozesse. Es ist schwer, schon Lehren daraus zu ziehen. Zweite Bemerkung: Ich bin mir nicht sicher, ob man so leicht verallgemeinern kann. Ich sehe jede Lage wegen der Größe der Länder und der lokalen Gegebenheiten als relativ spezifisch. Die Problematik in Polen ist nicht die gleiche wie in Ungarn. Solche Vergleiche sind eine Gefahr, die schon erkannt worden ist, und nicht allein bei uns. Ich denke an eine Studie unter der Schirmherrschaft der OECD, durchgeführt von einem polnischen Professor, der auf das dreifache Mezzogiorno („Triple Mezzogiorno“) hingewiesen hat: Damit sind erstens die Unterschiede zwischen Norden und Süden in Italien und das relative Scheitern des Südens gemeint. Warum? Wie kommt das vor? Zweitens sind die beiden Teile Deutschlands gemeint. Sie weisen natürlich eine andere Situation als die italienische auf. Und warum

war das ein Pole, der diese Studie in die Wege geleitet hatte? Weil es dreht sich um die Entwicklungsunterschiede zwischen Westpolen, das sich vielleicht schneller und besser entwickelt, und Ostpolen, das womöglich ärmer und länger unterentwickelt bleibt, ging. Man müsse aufpassen, dass es zu keiner dramatischen Kluft der Gesellschaft kommt. Aber Sie sehen, das sind nur Baustellen. Ich würde sehr zögern, eine endgültige Schlussfolgerung daraus zu ziehen. Was die EU betrifft, ist unsere Politik auf Zusammenhalt ausgerichtet. Die Gesellschaften sollen ein gewisses Niveau des Zusammenhalts behalten. Wenn ein Land sich zu entwickeln beginnt, ist nicht gesichert, dass sich alle Teile in gleicher Weise entwickeln. Welche

*Wachstum lässt sich nicht dekretieren. Es muss auf die Eigenkräfte der jeweiligen Gesellschaft aufbauen, sich weiter nach vorn zu bringen.*

*M.-E. Dufeil*

Prozesse können die Entwicklung unterstützen? Wir haben gesagt, Subventionen lösen das Problem grundsätzlich nicht, wenn sie auf Dauer bleiben. Wir müssen das lernen. Und wie gesagt, Wachstum lässt sich nicht dekretieren. Es muss auf die Eigenkräfte der jeweiligen Gesellschaft aufbauen, sich weiter nach vorn zu bringen. Ich glaube nicht, dass ich eine bessere Antwort geben könnte.

#### **D. Siems: Dann gebe ich das Wort an Herrn Pohl.**

**R. Pohl:** Wir haben im Osten eine niedrigere Wirtschaftsleistung als in Westdeutschland, aber eine deutlich höhere als in Osteuropa. Jetzt ist die Frage: Womit vergleichen wir uns? Vergleichen wir uns mit Westdeutschland, geraten wir in die Dauerdepression, weil die mehr sind. Vergleichen wir uns mit Osteuropa, können wir sagen, dass das Erreichte doch eigentlich sehr schön ist. Der ernste Hintergrund der Frage ist: Wie reagieren die Menschen? Wenn eine niedrige Wirtschaftskraft gegeben ist, die zum Brain-Drain führt, wenn also die Leute abwandern, dann existiert eine instabile Situation. In den letzten Jahren sind in Ostdeutschland die Abwanderungsprozesse praktisch zum Stillstand gekommen. Das, was am Anfang

unser Problem war, Herr Ludewig, Sie wissen es ja noch, diese Abwanderung von Hunderttausenden, das gibt es inzwischen nicht mehr. Der Abwanderungssaldo ist jetzt null beziehungsweise, je nachdem, wie Sie rechnen, sind sogar schon Zuwanderungen sichtbar. Die Lage hier ist also nicht mehr so negativ in der Wahrnehmung der Menschen, dass sie sagen: „Nur weg“, sondern sie beginnen, mit diesen Unterschieden zu leben. Ich glaube, das ist der Punkt. Wir werden nie einheitliche Lebensverhältnisse in Europa, aber auch nicht in Deutschland bekommen. Es wird immer ein Gefälle geben, und die Frage ist, ob die Menschen bereit sind, mit dem Gefälle zu leben? Meine hoffnungsvolle These ist, dass sich das inzwischen hier stabilisiert hat. Deswegen ist für mich der gesamte Prozess inzwischen in eine stabile und positive Lösung gekommen. In Osteuropa haben Sie aber noch diesen Brain-Drain, gerade bei den jungen Leuten, die dort ausgebildet worden sind und dann nach Westeuropa gehen. Insofern, glaube ich, ist die Lage in Ostdeutschland viel komfortabler.

**D. Siems: Von diesem Brain-Drain profitiert Deutschland zurzeit enorm. Das sagt die hiesige Wirtschaft, das sei ganz viel Wert. Frau Wolff, Sie möchten sich dazu äußern.**

**B. Wolff:** Den Brain-Drain haben wir noch in Ostdeutschland. Absolventenbefragungen zeigen, dass die Abwanderung kein Massenproblem mehr ist, aber gerade gut ausgebildete, junge Hochschulabsolventen lassen sich locken. Da bekommt ein frisch ausgebildeter Ingenieur in Baden-Württemberg halt 45 000 Euro plus Dienstauto und Dienst-iPad angeboten, und ein ostdeutsches Ingenieurbüro kann da einfach nicht mithalten, weil die Wertschöpfung im hiesigen Konstruktionsbüro, das auf den ersten Blick vielleicht das Gleiche macht wie jenes in Baden-Württemberg, geringer ist. Wenn man nachfragt, warum das Ingenieurbüro in Baden-Württemberg so viel zahlen kann, erfährt man, dass es direkt an Nummer eins oder zwei der Lieferkette vom Daimler hängt. Und das Konstruktionsbüro im Osten ist ein Subsubsubsubsubauftragnehmer, also viel weiter hinten in der Lieferkette. Da geht die Marge verloren. Solche Strukturen haben wir noch viel zu oft. Die jungen Leute erliegen einfach der Verlockung dieses nominell hö-

heren Einkommens. Insofern, finde ich, können wir uns mit dieser Einkommenslücke nicht als Dauerzustand zufriedengeben. Wir haben einfach einen Marktnachteil, wenn zu viele von den gut ausgebildeten jungen Leuten diesen Abwanderungsdrang haben. Ich glaube, da müssen wir wettbewerbsfähiger werden. Dazu kann man, glaube ich, durchaus von den osteuropäischen Ländern etwas lernen. Diese haben zum Teil viel bessere Wachstumsraten und viel mehr Dynamik. Das finde ich toll. Polen ist ein so cooles Land geworden. Wenn man dort hinfährt, spürt man eine tolle Stimmung, das finde ich bewundernswert. Die haben echt etwas aus ihren Fördermitteln gemacht, das muss man anerkennen. Polen ist ja von einem viel niedrigeren Niveau gestartet, und ich finde, das verlangt uns schon Respekt ab. Polen hatte keinen reichen Onkel im Westen.

**D. Siems: In Polen wurde, glaube ich, auch ganz hart reformiert und saniert. Auch die baltischen Staaten gelten als extrem reformbereit. Es gab im Publikum noch eine Frage.**

**Weiterer Fragesteller aus dem Publikum:** Die Frage nach Mittel- und Osteuropa würde ich aus der Sicht der ostdeutschen Wirtschaft stellen. Werden die ostdeutschen Mittelständler in großer Zahl in der Lage sein, in Mittel- und Osteuropa zu investieren? Ich kann mir vorstellen, dass der Wettbewerbsdruck so groß ist, dass ein Mittelständler nachdenken soll oder muss, Kosten zu sparen und neue Möglichkeiten dort zu suchen und zu finden, wo die Kosten momentan noch niedriger sind. Ist die ostdeutsche Wirtschaft darauf vorbereitet oder kann dies in absehbarer Zeit der Fall sein?

**D. Siems: Die Frage würde ich gern wieder an Herrn Dufeil geben. Die Frage stellt sich schon: Ostdeutschland ist keine Billiglohnregion, wie eben andere EU-Staaten in Osteuropa, aber es ist auch nicht dort, wo Westdeutschland ist. Was ist künftig Ostdeutschlands Rolle?**

**M.-E. Dufeil:** Für Ostdeutschland haben wir lange Zeit die Gefahr gesehen, dass es eine Art „Transitwüste“ wird, wo die kapitalintensiven Investitionen eher in Westdeutschland oder Westeuropa und die arbeitsintensiven Investitionen vielleicht in den

osteuropäischen Ländern stattfinden. So dramatisch ist es nicht gewesen, aber die Gefahr besteht. Die Lage in den mittel- und osteuropäischen Ländern kann man nicht unbedingt vergleichen. Polen ist relativ gut gewachsen. Das stimmt. Aber unter welchen Bedingungen? Ist es nicht nur ein Teil von Polen, sprich der westliche Teil, weil sich dieser Teil in die Produktionskette von vielen deutschen Fabriken eingebracht hat? Ist das schon eine eigenständige, selbsttragende Wirtschaft? Ich weiß es nicht so genau. Aber ich frage mich, ob diese Wirtschaft ohne die Nähe zu Deutschland ähnlich gut funktionieren würde? Das wäre vielleicht noch zu untersuchen.



**D. Siems:** Es gibt also einen Brain-Drain aus Osteuropa, Osteuropa profitiert aber auch vom Westen. Das ist ja eigentlich die Form der Integration Europas.

**M.-E. Dufeil:** Das sind vielleicht die herausragendsten Elemente der Integration. Aber den Komponenten eines Volkswagens geht es um niedrige Kosten.

**B. Wolff:** Unternehmen aus Mittel- und Osteuropa kaufen sich jetzt die Lieferkette hoch. Ich will keine Firmennamen nennen, aber polnische Investoren sind in Sachsen-Anhalt unterwegs und kaufen hier Unternehmen und kommen auch geographisch und in der Lieferanten-Hierarchie immer näher auch an VW ran. Ich sehe diese Unternehmen durchaus auf einem Wachstumspfad. Man fängt auf geringem Produktivitätsniveau an und entwickelt sich weiter. Herr Pohl meint ja, wir bleiben jetzt bei 80%. Ich glaube, da kann man in der Tat nur durch das, was die Amerikaner *breakthrough innovations* nennen, also wirklich kreative Ideen, die nicht nur Imitationen sind, weiterkommen. Die kommen eben nicht auf Bestellung, sondern nur dadurch, dass ein kreativitätsförderndes, kreativitätsfreundliches Umfeld existiert, und vielleicht auch ein bisschen Glück. Aber wenn man nicht versucht, dafür die Weichen zu stellen, dann passiert es bestimmt nicht.

**D. Siems:** Herr Roghmann, ich würde Sie auch gern noch einmal fragen, wie Sie denn die Gefahr der Transformationswüste sehen? Ist es so, dass Osteuropa mit günstigeren Standortbedingungen lockt und der Westen mit Kapital, also besserer Kapitalausstattung, sodass man hier in Ostdeutschland eigentlich eine Position hat, die nicht auf Dauer haltbar ist? Oder sehen Sie das als zu ungünstig dargestellt?

**R. Roghmann:** Ich glaube, man muss das sehr differenziert sehen. Viele der hier in der Region befindlichen Wirtschaftsunternehmen zeichnen sich dadurch aus, dass sie eben nicht wie die Textilbranche so nomadenhaft durch die Welt vagabundieren, um dahin zu gehen, wo die geringsten Lohnkosten gegeben sind. Sondern wir haben hier sehr immobile Strukturen, die dazu führen, dass man eben auch eine hohe Affinität zur Region hat. Aber das gilt natürlich nicht für alle Regionen. Wir haben, glaube ich, gerade wenn es um Arbeitskräfte und Demographie geht, einen Sog in die Region aus unseren angrenzenden Nachbarländern. Das sieht man immer sehr schön am Montagmorgen, wenn die ganze Autobahn voll ist mit Handwerksfahrzeugen aus Polen, aus den angrenzenden Nachbarländern. Das bedeutet also, im Prinzip ist der Puls im Augenblick noch hier in Mitteldeutschland und nicht umgekehrt.

## **D. Siems: Ja, Herr Ludewig?**

**J. Ludewig:** Ich finde das eigentlich sehr positiv, weil die Volkswirtschaften zusammenwachsen. Das wird eine immer engere Verflechtung. Sie haben es sehr schön gesagt, dass sich osteuropäische Unternehmen dann die Wertschöpfungskette hochkaufen. Also, bei Ihnen hatte ich den Eindruck, als ob da ein kritischer Unterton war. Ich denke, das läuft an sich sehr gut in eine positive Richtung. Hier entsteht etwas. Aber das ist ja das Schöne an Wirtschaft. Voraussagen, was in zehn Jahren ist, können wir natürlich nicht machen. Politik muss langfristig denken und nicht, wie vorhandene Strukturen geändert werden sollten. Es geht stattdessen um die Frage: Was sind die richtigen, verlässlichen, berechenbaren Rahmenbedingungen? Dann wird aus der Sache etwas. Und daraus ist in den letzten 25 Jahren etwas geworden. Wir haben heute in Ostdeutschland einen Industrieanteil von 18%, in Frankreich von unter 10%. Wenn das keine Leistung der beiden Teile Deutschlands ist, dann weiß ich nicht, was eine Leistung ist. Und das Tolle ist die Solidarität auf beiden Seiten. Der Westen hat sehr viel Geld zur Verfügung gestellt. Ich habe das sieben Jahre lang erlebt und ein wenig mitgestaltet. In den sieben Jahren habe ich nicht eine einzige Sitzung in der Regierung erlebt, wo diese Finanzierungsleistungen ernsthaft auch nur infrage gestellt worden wären, von wem auch immer. Und umgekehrt, der Osten hat gesagt: Okay, das ist natürlich viel härter, als wir uns das vielleicht einmal vorgestellt haben. Aber wir stecken jetzt nicht den Kopf in den Sand und laufen weg. Sondern wir machen das jetzt hier irgendwie. Und wenn dann für das eigene Unternehmen eine Zukunftschance gegeben ist, wenn dort Kapital hineinfließt, dann werden wir auch den damit einhergehenden Arbeitsplatzabbau verkraften. Das muss man sich noch einmal klarmachen. In den ersten drei bis vier Jahren haben zwei Drittel der Beschäftigten in der ostdeutschen Industrie ihren Arbeitsplatz verloren oder mussten ihn wechseln. Das ist etwas, was wir im Westen nach dem Zweiten Weltkrieg *nie* gesehen haben. Und das ist durchgestanden worden, sicher nicht mit Begeisterung, aber eben doch durchgestanden worden. Man hat nicht den Kopf in den Sand gesteckt und gedacht, dass das irgendwie die anderen lösen sollen. Und das finde ich einzigartig. Das einzig Ne-

gative rückblickend aus meiner Sicht ist, dass diese unglaubliche Leistung, die in Ostdeutschland erbracht worden ist, die deutsche öffentliche Meinung leider nicht erreicht hat. Wenn in der öffentlichen Debatte hierzulande vom Aufbau Ost geredet wird, ist nur vom Geld die Rede. Ich habe dann immer geantwortet: Was nützt alles Geld auf dem Regierungskonto, wenn keiner mitmacht? Und dass die Menschen hier mitgemacht haben und diesen irrsinnigen Strukturbruch und Wandel letztlich auf die Beine gestellt haben, ja, das ist und bleibt einzigartig. Die Solidarität, im Westen mit Geld, und hier die Einstellung, das durchzustehen und zu bewältigen und diese Volkswirtschaft neu aufzubauen. Auf diese beiderseitige Solidarität können wir stolz sein! Und das hat letztendlich in erstaunlicher Weise geklappt – besser, als man es hätte erwarten dürfen.

**D. Siems: Herr Ludewig, das war ein wunderbares Schlusswort. Ich denke, wir sind auch am Schluss. Es war ein bisschen wieder eine Rückblende, aber auch gut abgerundet. Wir stellen fest, es ist zweifelsohne sehr viel erreicht worden. Ich glaube, da sind wir uns hier alle einig. Und in Europa wächst man zusammen, was große Chancen bietet, etwa durch die Mobilität der Fachkräfte, was aber eben auch den Wettbewerbsdruck kontinuierlich hochhält. Ostdeutschland, das zwischen den Transformationsländern im Osten und den westlichen Ländern liegt, wird sich auch die nächsten 25 Jahre anstrengen müssen, wie auch Gesamtdeutschland. Denn in vielen Bereichen könnte es dynamischer zugehen. Auch das ist hier gesagt worden. Ein paar Aspekte, wie man insgesamt die Rahmenbedingungen noch besser gestalten könnte, sind hier von den Teilnehmern genannt worden. Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. Es gibt jetzt noch die Möglichkeit, bei einem Get-together mit den Teilnehmern auch bilateral zu sprechen, wenn noch Fragen offengeblieben sind. Ansonsten darf ich Ihnen noch einen schönen Sommerabend wünschen. Auf Wiederhören.**





Leibniz-Institut für  
Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8  
D-06108 Halle (Saale)

Postanschrift:  
Postfach 11 03 61  
D-06017 Halle (Saale)

Tel: +49 345 7753 60  
Fax: +49 345 7753 820

[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

ISBN:  
987-3-941501-49-2 (print)  
978-3-941501-50-8 (online)